

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1926

11.3.1926 (No. 110)

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
mit
Industrie- und Handelszeitung
Gegr. 1803 und der Wochenschrift „Die Pyramide“ Gegr. 1803

Hauptredaktion: v. L. L. L. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den Nachrichten: Hans Zopf; für den Handel: Heinz Kopp; für die Stadt, Boden, Nachbargebiete und Sport: Heinrich Gerber; für Kunst und „Pyramide“: Karl Joho; für Musik: Anton Kubisch; für die Frauenbeilage: Käthe Dr. C. Zimmermann; für Interieur: H. Schröder; sämtlich in Karlsruhe, Druck u. Verlag: G. J. Müller, Karlsruher, Ritterstraße 1. Berliner Redaktion: Dr. A. Jäger, Berlin-Siegah, Sedanstraße 17, Telefon Amt Sieglitz 1119. Für unentgeltliche Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Erscheinung der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlags-Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanlagen: Nr. 15, 19, 20, 21, 297, 1923. Postbezugsnummer: Nr. 9541.

Leichte Entspannung in Genf.

Bayerische Politik.

(Von unserem Münchener Vertreter.)

München, 9. März.

In der bayerischen Politik vollziehen sich die verschiedenen Gärungsprozesse, die zu beobachten und zu verfolgen nicht nur sehr interessant, sondern auch wichtig und notwendig ist. Da ist einmal die Stellung Bayerns im Reich, die sowohl durch außen- wie durch innenpolitische Momente bestimmt wird. Die außenpolitischen Momente bringen den bayerischen Ministerpräsidenten in engere Fühlung mit den Deutschnationalen, die ihrerseits alles tun, eine solche Freundschaft zu festigen. Auf der anderen Seite drängt ein einflussreicher Kreis der Bayerischen Volkspartei immer mehr an das Zentrum heran, und namentlich die unter Führung des Abgeordneten Leicht stehende Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei macht dem Ministerpräsidenten Held manche ungemütliche Stunden. Beachtenswert für gewisse Entwicklungen in Bayern ist es immerhin, daß nicht nur Herr Koch, der Führer der Demokraten, den Herr Held als Reichkanzler oder Reichsinnenminister ablehnte, in einer Versammlung im Hofbräuhaus keine Parteipolitiken entwickeln konnte, sondern daß auch Herr Wirth ein vollbefestigtes Haus im Löwenbräukeller fand. Beide Verhandlungen wären noch vor zwei oder drei Jahren in München ganz unmöglich gewesen. Immerhin war es bemerkenswert, daß die Münchener bürgerlichen Zeitungen auf Veranlassung der Bayerischen Volkspartei ein Abkommen getroffen hatten, von der Liebe und dem Auftreten Dr. Wirths in München keine Notiz zu nehmen.

Könnten also Herr Koch und Herr Wirth in München unbehelligt ihre Anschauungen entwickeln, so würde die Verammlung der Böhmerischen, in der Herr von Graefe und Graf Reventlow sprechen sollten, von Hitler und seinen Mannen gesprengt. In der Verammlung der Bayerischen Volkspartei, in der vor wenigen Tagen auch der Ministerpräsident gegen Stresemann und für den Föderalismus sprach, wurde aus diesem Anlaß die Frage aufgeworfen, ob die Bewährungsfrist für Hitler anlässlich der letzten Vorzüge noch aufrecht erhalten werden könne. Nun würde das praktisch nicht allzu viel bedeuten, aber der sogenannte Böhmer Block im Bayerischen Landtage hat nun seinerseits eine scharfe Erklärung gegen Hitler veröffentlicht, in der von den verwerflichen Methoden seines Kampfes gesprochen und gesagt wird, wenn der Führer praktisch die Wege völkischer Grundzüge verfolge, so sei es Pflicht eines deutschen Mannes, die Gefolgschaft zu verweigern. Dieser offene Zwist zwischen den Böhmerischen und den Nationalsozialisten in Bayern gibt den Erörterungen praktische Bedeutung, die schon seit einiger Zeit darüber angezettelt werden, ob die Gruppe des Böhmerischen Blocks im Bayerischen Landtage sich den Deutschnationalen anschließen solle oder nicht. Bei kommenden Wahlen würde der Böhmerische Block als solcher wohl mehr oder weniger ausgeschaltet. Sollte ein solcher Anschluß des Böhmerischen Blocks an die Deutschnationalen im Bayerischen Landtage zur Tat werden, so wäre das von einer nicht zu übersehenden Bedeutung für die gesamte bayerische Politik. Derzeit ist stark links eingestellte Bauernbund, der als Gegenbewegung gegen die christlichen Bauernvereine und gegen die Bayerische Volkspartei zu betrachten ist, würde dann zur Regierungsbildung nicht mehr unbedingt notwendig sein. Dies würde auch auf die Politik des Bauernbundes einwirken.

Die erörterten Fragen spielen auch bis zu einem gewissen Grade in die Probleme der Staatsvereinfachung in Bayern hinein, bei denen immer die Verteilung der Ministerstellen Schwierigkeiten macht.

Verfälschung im Befinden Zehrenbachs.

Freiburg i. Br., 10. März. Im Befinden Zehrenbachs ist seit Anfang dieser Woche eine Verfälschung eingetreten. Der Patient leidet infolge unzureichender Nahrungsaufnahme an erheblichem Kräfteverlust.

Auf dem Wege zu einer Einigung?

(Von unserem ständigen Vertreter in Genf.)

Dr. E. S. Genf, 10. März.

Die gestern abend ziemlich überraschend wieder aufgenommenen Besprechungen zwischen den einzelnen Delegationsführern wurden heute morgen, wie bereits angekündigt, in einer Besprechung zwischen allen am Rheinlandabkommen beteiligten Mächten fortgesetzt. Wie immer in solchen Fällen, in denen man nicht vom Glück gekommen ist, wurde über den Inhalt der zweitägigen Unterhaltung der Presse nichts mitgeteilt. Sicher ist nur, daß man keine Beschlüsse gefaßt hat von irgendwelcher Tragweite. Nicht einmal der Zeitpunkt neuer Verhandlungen ist bestimmt worden. Sie dürften aber auf jeden Fall im Laufe des morgigen Tages nach der Rückkehr Briand's weitergeführt werden.

Die Stimmung ist aber im allgemeinen zuversichtlich.

Über den schließlichen Ausgang der Unterhandlungen. Man glaubt, daß sich nun doch eine Lösung anbahne und daß man morgen früh vor allem die geeignete Form suchen müsse. Auch die vorläufige Besprechung, die heute nachmittag zwischen allen Ratsmächten stattfand, deutet in dieser Richtung. In dieser Besprechung soll übrigens auch Deutschland gebeten worden sein. Seitens ihrer von Anfang an eingenommenen Haltung.

Habe es aber die deutsche Delegation abgelehnt, auch nur an privaten Besprechungen der Ratsmitglieder teilzunehmen.

Bevor sie nicht in aller Form in diesen Kreis aufgenommen worden sei.

Was die Form der möglichen Lösung im Bereich um die Ratsfrage anbetrifft, so kann die letzte Vereinbarung aus den Kreisen der spanischen Delegation einen Fingerzeig geben. Danach verlangt Spanien, dessen Anspruch seit Montag im Vordergrund der Diskussion steht, die sofortige und grundsätzliche Verhandlung der Frage der Ratsvergrößerung. Sollte dabei irgend eine Änderung beschlossen werden, so verlangt es für sich einen ständigen Sitz. Man beachte wohl, daß es sich um grundsätzliche Erörterung der ganzen Frage abgesehen vom deutschen Ratsitz handelt, und daß die Formulierung dieses Begehrens eine Verschiebung nicht ausschließt. Nur der grundsätzliche Anspruch Spaniens auf einen ständigen Sitz wird strikte aufrecht erhalten. Hält man daneben das Gerücht aus dem Kreise der englischen Delegation, daß man beabsichtigt, einen Ratsauschuss einzusetzen, der den ganzen Fragenkomplex erörtern soll, um im September einen Bericht einzureichen, dann glaubt man, die Annahme erkennen zu können, unter denen eine Lösung möglich wäre.

Gerade zu dieser Stunde findet ein Essen bei Chamberlain statt, wozu neben den deutschen Vertretern auch die Führer der anderen Delegationen eingeladen sind. Und es ist klar, daß bei Nachmittags auch über die Frage der Ratsfrage gesprochen wird.

Die Arbeiten der Völkerbundsversammlung ruhen zu dieser Zeit fast ganz. Nur der Vormittag tagen heute nachmittag zwei Unterarbeitskommissionen, ohne im geringsten beachtet zu werden.

Genf, 10. März.

Der Unterarbeitskommission der Aufnahmekommission hat unter dem Vorsitz von Chamberlain heute nachmittag ohne besondere Diskussion beschlossen, der Aufnahmekommission

die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu empfehlen.

Der Unterarbeitskommission wird morgen, Donnerstag, der Aufnahmekommission einen Bericht vorlegen, in dem erklärt wird, daß die im Völkerbundsstatut enthaltenen Aufnahmebedingungen für Deutschland als erfüllt anzusehen sind. Im Gegensatz zu dem Aufnahmeverfahren bei Bulgarien, Desterreich und Ungarn wurde im Falle Deutschland der Aufnahmebeschluß gefaßt, ohne von einem deutschen Vertreter noch besondere Erklärungen zu verlangen.

Die Aufnahmekommission wird bereits Donnerstag vormittag zu einer Sitzung zusammen-

treten, um den von dem Unterarbeitskommission vorgelegten Bericht zu Gunsten der Aufnahme Deutschlands zu genehmigen und sofort an die Völkerbundsversammlung weiterzuleiten.

Die Beurteilung der Lage in Berlin.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes.)

Dr. R. J. Berlin, 10. März.

An den maßgebenden Berliner Stellen glaubt man heute etwas mehr Grund zu einer optimistischen Beurteilung der Lage in Genf zu haben. Die getriggen und heutigen Besprechungen Luthers und Stresemanns mit Chamberlain scheinen eine gewisse Klärung und Entspannung herbeigeführt zu haben. Es wird immer deutlicher,

daß bei England eine erhebliche Gegenwartschaft gegen den spanischen Ratsitz besteht.

Daß aber England sehr geschickt bisher versucht hat, die Verantwortung für seine Stellungnahme gegen Spanien auf Deutschland abzuwälzen. Diese Taktik ist durch die kluge Zurückhaltung der deutschen Delegierten durchkreuzt worden und es scheint, daß dadurch England gezwungen worden ist, Farbe zu bekennen. Jedenfalls soll in den heutigen Unterredungen England angedeutet haben, daß es unter Umständen gezwungen sei, eine grundsätzliche Entscheidung der Völkerbundsversammlung des Völkerbunds über das ganze Ratsproblem und namentlich über die Vermehrung der Zahl der ständigen Sitze herbeizuführen.

Zu der etwas weniger pessimistischen Beurteilung der Lage trägt auch die Tatsache bei, daß in der heutigen Konferenz der französischen Delegierten mit den französischen Pressevertretern den letzteren erklärt wurde, man möge die öffentliche Meinung darauf vorbereiten, daß Schwedens Standpunkt siegen werde, man möge es aber vermeiden, zu sagen, daß Deutschlands Standpunkt, der sich ja bekanntlich mit dem schwedischen deckt, gesiegt hat.

Die Auerfüllbarkeit des Dawesplans.

Wachsende Erkenntnis auch im Auslande.

London, 9. März.

„Daily Chronicle“ hat mit der Veröffentlichung einer Artikelserie eines Sonderberichterstatters über die Wirtschaftslage in Deutschland begonnen. Der erste Bericht beschäftigt sich mit der Lage im Rheinland. Der Berichterstatter beleuchtet zunächst die allgemeinen Verhältnisse und hebt die schwere Notlage aller rheinischen Industrie hervor. Er kommt zu dem Ergebnis, daß in ganz Deutschland die Gesamtzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf 5 Millionen zu schätzen sei. Zudem er die Auswirkung aus seinen Beobachtungen zieht, kommt er zu dem Ergebnis, daß man sich angesichts dieser Zustände in den reichsten Wirtschaftsteilen Deutschlands die Frage vorlegen müsse, ob die deutsche Wirtschaft die Lasten des Dawesplanes auch fernherhin tragen könne und beantwortet diese Frage dahin, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands eine Antwort überflüssig mache.

Das Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit.

Die Stellungnahme der deutschen Arbeitgeberverbände.

Berlin, 10. März.

Zu dem Washingtoner Abkommen über die Arbeitszeit erklärt die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, daß sich an der bisherigen ablehnenden Haltung der deutschen Arbeitgeberverbände nichts geändert habe. Kein europäischer Staat könne die Verantwortung für eine internationale Bindung mit völpolitischen Verpflichtungen auf sich nehmen, so lange man mindestens auch die mit der geplanten Weltwirtschaftskonferenz zusammenhängenden Fragen nicht in einer Weise geklärt seien, die den für Deutschland dringend notwendigen Abwas sicherstellt.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Laut „Vorwärts“ fand heute vormittag eine Aussprache zwischen Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und dem Reichsarbeitsminister statt, in der die Gewerkschaften dem Minister vor seiner Abreise zu der Londoner Arbeitsministerkonferenz ihre Auffassung über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vorbrachten. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leibart, erklärte, daß die deutschen Gewerkschaften entschieden die Ratifizierung des Abkommens verlangten, jedoch dürften die Vorschriften des Abkommens für die gesetzliche Arbeitsregelung nur als Minimalvorschriften gelten. Der Zweck der Londoner Konferenz, eine einheitliche Auslegung des Abkommens zu finden, dürfe nicht zu einer Abschwächung seiner Vorschriften führen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erwiderte, daß er mit der festen Absicht nach London gehe, eine Grundlage für die Ratifizierung in allen Industriestaaten zu schaffen.

Die heutige Ausgabe unseres Blattes umfaßt 14 Seiten.

Ein neuer Fund von falschen Tausendfranknoten.

Budapest, 10. März. Bei einer auf anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Untersuchung wurde in einem Koffer, der in der Gardeboje des Westbahnhofes aufbewahrt war, 6674 Stück falsche Tausendfranknoten aufgefunden. Die Falschfäher wurden verhaftet.

Neue Programmrede des Reichsinnenministers.

WTB. Berlin, 10. März.

In der heutigen Sitzung des Reichstages hielt Innenminister Dr. Brügel bei Beratung des Ministeriums des Innern folgende Rede:

Das Reichsministerium des Innern muß die Zentralstelle aller innerpolitischen staatlichen Geschehens im Reich sein. Ausgangs- und Endpunkt aller Arbeit ist das Deutsche Reich, und die Grundlage unserer Arbeit ist die Verfassung.

Die Begriffe Föderalismus und Unitarismus sind für mich keine Gegenpole. Niemals hat das deutsche Volk eine stärkere Zusammenfassung seiner Energie auf diesem Gebiete gebraucht als jetzt.

Deswegen muß

das einzelstaatliche Leben der Länder

sich in den Dienst dieser Zusammenfassung stellen. Vor jeder Prüfung einer großen politischen Frage sollen wir uns immer sagen:

Ich bin deutsch und immer noch einmal deutsch und erst dann

bin ich Arbeiter, oder Beamter, oder Bauer. Deshalb: keinen Partikularismus der Klassen, der Berufe, der Parteien, sondern Einheitsgefühl als deutsches Volk.

Es gibt im politischen Leben noch Strömungen, die den Begriff dessen, was deutsch ist, vom Standpunkte der Massenforschung aus erfassen. Deutsch ist aber jeder, dem das Erleben des deutschen Volkes eigenes Erleben ist und der sich als mitverantwortlicher Träger am Schicksal des deutschen Volkes fühlt. (Beifall.)

Es erscheint mir wichtiger und dringender, diese innere Selbstverfassung des Einzelnen und des Volkes zu revidieren, als die Verfassung von Weimar. Die Verfassung sagt: Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Die Staatsform scheint gesichert; anders steht es mit dem Staatsinhalt. Nach der Verfassung geht die Staatsgewalt

vom Volke aus und nicht von den Parteien,

deshalb muß jede Partei zu jeder Zeit sich nicht nur der Verantwortung vor ihren eigenen Angehörigen, sondern vor dem Volke bewußt bleiben. Die notwendige enge Fühlung zwischen Abgeordneten und Wählerschaft ist bei der gegenwärtigen Situation nicht genügend gewährleistet. Die Regierung wird bestrebt sein, dem hohen Hause brauchbare gesetzliche Vorschläge zur Abstellung offensichtlich Mängel anzugehen zu lassen.

Der Festlegung der Staatsordnung muß auch die Tätigkeit der Beamtenenschaft

dienen. Ich betrachte mich deswegen als Minister für die Beamten. Ohne ein klares Bewusstsein des Staates zur Beamtenenschaft ist das erforderliche gegenseitige Treueverhältnis nicht zu erreichen. Zusammenfassung und dadurch Vereinfachung des gesamten öffentlichen Verwaltungsbetriebes muß an allen beteiligten Stellen als Gebot der Stunde verstanden und erfüllt werden. Soweit das Reich selbst in Betracht kommt, sind im Haushaltsausschuß die erforderlichen Maßnahmen angedeutet worden.

Dem Kultusminister des Deutschen Reiches erwachsen aus dem Kriege ganz bestimmte Aufgaben auf großen Arbeitsgebieten. Auf dem Gebiete der

Förderung der körperlichen, geistigen und sittlichen Gesundheit

des deutschen Volkes, auf dem des Erziehungswesens, auf dem der Kunstpflege, auf dem der Wissenschaftspflege und Forschung und auf dem

der Pflege der kulturellen Beziehungen zum Auslande. Im Dienste dieser Ziele wenden wir von reichswegen nicht unbeträchtliche Mittel auf. Die neuen Konzeptionen für den Ausschank geistiger Getränke müssen auf das äußerste beschränkt, mißbräuchlicher Benutzung bestehender Konzeptionen muß rückwärtslos entgegengetreten werden.

Das seit Monaten beratene Gesetz zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schand und gegen den Ausbruch der Lasterbarkeit kommt hoffentlich demnächst in brauchbarer Verfassung heraus. Diese Gesetze können das Erziehungswert der sittlichen Festigkeit unserer Jugend nicht ersetzen. In der Richtung der Förderung dieser Erziehung liegt die Pflege der Leibesübungen, für die die Etatmittel erheblich erhöht worden sind.

Im deutschen Schulwesen

macht sich ein ebenso starker wie noch ungeklärter Drang nach Reformen geltend. Der Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen an der Schule kann in Deutschland mit seinen konfessionellen u. weltanschauungsmäßigen Verschiedenheiten nur unter weitgehender kultureller und politischer Toleranz vorgenommen werden. Die Lösung zu finden, ist die ungeheuerlich schwierige Aufgabe des Reichsschulgesetzes.

Das Reich unterstützt eine große Zahl kulturell wichtiger wissenschaftlicher Einrichtungen und Unternehmungen mit bedeutenden Mitteln und unterhält selbst reichhaltige wissenschaftliche Institute. Keine Sparmaßnahme wäre vor allem bei den Forschungsinstituten über am Platze. Im Interesse der Pflege der eigenen Kultur liegt die Pflege der kulturellen Beziehungen zum Auslande. Hoffentlich wird die Aufnahme in den Völkerbund die geistige Zusammenarbeit in der hierfür vorzulegenden Stellung des Völkerbundes wesentlich fördern, und auch das Völkerverständnis unter den Völkern erleichtern. Deswegen liegt am Platze, im Interesse der kulturellen Unterdrückung der in keinem Staat lebenden Minderheiten als eines Kulturstaates unwirksam vollkommen fern; aber wir und die deutschen Minderheiten werden es uns nicht nehmen lassen, uns als eine große, innig verbundene deutsche Kulturgemeinschaft zu fühlen.

Die Antwort der Parteien

auf die Rede des Innenministers kam in den nun folgenden Ausführungen der Fraktionsredner zum Ausdruck:

Abg. Sollaum (Soz.) begrüßt die Ministerrede als einen Dienst am sozialistischen und kulturellen Staatsgedanken. Wir haben, so führte der Redner weiter aus, die republikanischen Richtlinien begrüßt, die der Minister im Ausschuss für seine Beamtenpolitik entwickelte. Heute vermischen wir leider die gleiche Frische und Klarheit. (Zuruf: „Er ist schon zu lange Minister!“) Heiterkeit.) Der Redner schließt mit einem Aufruf für die einige sozialistische und demokratische deutsche Republik.

Abg. Berndt (Dnalt.) betont die Notwendigkeit der sittlichen und geistigen Erneuerung unseres Volkes, das sich auf sein Volkstum besinnen mußte. Der Redner bedauert die Verzögerung des Reichsschulgesetzes und bekennt sich freudig zur Mitarbeit an den vom Minister erwähnten Kulturaufgaben. Solange uns die allgemeine Wehrpflicht, diese beste Schule der Jugend, genommen ist, müssen wir mit besonderem Eifer bei der körperlichen Erziehung der Jugend arbeiten. Der Redner beantragt für diesen Zweck nicht nur eine Million, sondern drei Millionen auszugeben. Der

Mangel an einheitlicher Staatsgestaltung in unserem Volke kann nur schwinden, wenn auch die Achtung vor unserer großen Vergangenheit gepflegt wird. Weil wir Ehrfurcht vor unserer Vergangenheit haben, deshalb verlangen wir die Feststellung des 18. Januar als Nationalfeiertag. Wir verlangen auch die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Fahne. Wir begehnen der heutigen Reichsfahne mit Achtung, aber Liebe für sie kann man von uns nicht verlangen. Unsere Gefühle werden immer der schwarz-weiß-roten Fahne gehören, weil sie uns das Symbol unserer einstigen Größe ist. (Beifall rechts.)

Notwendig sei eine Revision der Reichsverfassung in föderalistischem Sinne. Gemäß müsse jeder Beamte den Symbolen der Republik die schuldige Achtung erweisen, zurückgewiesen aber müsse die Forderung werden, daß jeder Beamte republikanisch denken und handeln solle. (Beifall.)

Abg. von Kardorff (D. V.P.) begrüßt das Bewusstsein des Ministers zum Berufsbeamtentum. Wir stimmen ihm auch bei, wenn er fordert, daß die Beamten zum Schutze der Republik stehen und auch außerhalb des Dienstes die Symbole der Republik nicht verächtlich machen dürfen. Auch wir weisen ganz entschieden die Forderung zurück, daß die Beamten republikanisch denken und handeln sollen. Würde man mir das zumuten, so würde ich darin die Zustimmung einer Gesinnungslumperei erblicken. Ich kann in der Republik keine bessere Staatsform erblicken. Wir sollten Gott danken, daß wir einen unabhängigen und unbefestigten Richterstand haben. Die Immunität der Abgeordneten muß gelockert werden, vor allem bei Beleidigungen. In keinem zivilisierten Land ist der Schand der Ehre so gering wie in Deutschland. Die vaterländischen Verbände haben ihr Gutes; wir möchten sie ungerne missen. (Beifall.)

Abg. Pechold (Wirtschaftl. Paa.) hält es für die Pflicht eines Beamten, sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen. Wünschenswert sei der Gesundheitsunterricht in den Schulen. Der Redner erklärt sich gegen das Gemeindefiskalimmunitätsrecht in der Schankstättenfrage. Notwendig sei ein offizieller Volkstrauertag.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Das Haus vertagt sich, Donnerstag, 1 Uhr, Weiterberatung.

Die Etatsberatung im Haushaltsausschuß.

VDZ. Berlin, 10. März.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Einzelberatung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums beim Kapitel „Statistisches Reichsamtsamt“ fort. — Dazu liegt eine Entschlüsselung vor, durch marginale Einrichtungen, Zusammenfassung der Diensträume usw., eine dauernde Ersparnis auf persönlichem und sachlichem Gebiet herbeizuführen.

Abg. Dr. Le Jeune-Jung (Dnalt.) kritisierte die gegenwärtige ausgangswise Veröffentlichung von Produktionszahlen in der vom Statistischen Reichsamtsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“. — Abg. Dr. Riebeck (Dnalt.) fordert eine Statistik über den Wirtschaftsanteil des Handwerks und über die staatswissenschaftliche und berufliche Zusammensetzung des Volkes.

Neu bewilligt wurden 2 037 000 M. für eine Statistik der Finanzen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Schließlich erhöhte der Ausschuss den im Etat vorgesehene Betrag zur Hebung der Wirksamkeit der gewerblichen und industriellen Produktion von 500 000 M. auf 1 200 000 M.

Damit war der Etat des Reichswirtschaftsministeriums erledigt und der Ausschuss vertagte sich auf Donnerstag.

Eine Denkschrift Gehlers über die „Schwarze Reichswehr“.

VDZ. Berlin, 10. März.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Dememorandum hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß dem Ausschuss noch nicht alles angeforderte Material zugegangen sei. Auf die Erwähnung an die Länder um Bereitstellung von Material für die Ausschussberatungen sei am größten Teil schon Antwort erfolgt. Keine Antwort erteilt bisher das badische, das mecklenburgische und das waldeckische Staatsministerium sowie das auswärtige Amt.

Ueber das Kapitel „Schwarze Reichswehr“, hat der Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler eine Denkschrift unterbreitet. Der Zweck dieser Denkschrift ist, reifliche Arbeit zu schaffen. Der an sich reichlich unklar und abgemessen anmutende Begriff „Schwarze Reichswehr“ stamme ursprünglich von deutsch-sozialistischer Seite. In Übereinstimmung mit dem Geh der Deereßleitung seien die Behauptungen, daß es sich um militärische Formationen außerhalb der Reichswehr handle, die außerhalb innerpolitisch die größten Gefahren bergen müßten, stets entschieden abgelehnt worden. Der Generaloberst von Seeckt habe die von rechtsradikaler Seite kommende

Auslegung auf Bildung einer solchen „Schwarzen Reichswehr“ ebenso in scharfer Form zurückgewiesen, wie die aus Kreisen der Linken kommende „Schwarze Reichswehr“ Bataillone aufzustellen.

Weiter ist dem Ausschuss eine Denkschrift des Reichsinnenministeriums zugegangen, die ebenfalls sehr umfangreich ist.

Eine Geschäftsordnungsdebatte entwickelte sich darüber, wie der Ausschuss die Frage der Berechtigung der Reichswehr lösen will. Als Generaloberst erachtet wird der Abg. Dr. Levi (Soz.) vorgeschlagen, der selbst nicht anwesend ist und dessen Zustimmung der Vorsitzende einholen soll.

In etwa einer Woche wird voraussichtlich wieder eine öffentliche Sitzung des Ausschusses stattfinden.

Die Entschädigungsgesetze

VDZ. Berlin, 10. März.

Im Reichstagsausschuß für die Entschädigungsgesetze erklärte heute Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, daß er bereit sei, den zur Durchführung der Nachentschädigungsgesetze bei Aufrechterhaltung der Rundumschuldung vom 12. Oktober 1925 noch fehlenden Betrag von 60 Millionen Mark sowie die zur Ausführung der in der letzten Sitzung angenommenen Anträge erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem wolle er erwägen,

DUNLOP
CORD
Der Reiten für Fahrrad, Motorrad und Automob.
Die Weltmarke bürgt für Qualität.

Strubinophan.

Humoreske von Rene Voigt.

Sie kam mir strahlend auf dem Augustusplatz entgegen, die Kollegin Novelli, und rief schon von weitem: „Was macht die Kunst? Woran arbeiten Sie jetzt?“ — Ich senkte das Haupt und schauete meine momentane aesthetische Impotenz. „Aber das ist ja unglücklich“, erwiderte sie die Novelli, „in Ihrem Alter keine Ideen mehr, das gibt es doch gar nicht! Warum nehmen Sie nicht Strubinophan?“

„Wie bitte?“

Ein Griff in die Handtasche. Triumphiierend hielt mir die Kollegin ein Fläschchen entgegen, auf dessen Etikett zu lesen war „Strubinophan. Unentbehrlich für den Geistesarbeiter. Das Elizier des Schaffenden.“

Ich erkundigte mich zunächst bei der Novelli, ob sie selbst bereits von dem Mittel Gebrauch gemacht habe.

„Aber gewiß, Verehrteste“, ward mir zur Antwort, „ich sage Ihnen: einfach phänomenale Resultate! Täglich sieben Gedichte, fünf Skizzen, drei Erzählungen und zumindest ein Romanfecht.“

„Um, ich wäre froh, wenn ich das in einer Woche leisten könnte. Also fragen wir zunächst einmal unverbindlich nach dem Preise dieser Wunderdrogen.“

„Ich werde doch keine Bezahlung von Ihnen nehmen, Liebste, wo ich weiß, daß Sie nie etwas haben“ (das war nicht sehr taktvoll, aber wahr). „Nehmen Sie nur ruhig das Fläschchen mit. Ich habe mir vom Honorar für meinen letzten Film „Der Mann ohne Pulsadern“ aleich einige Duzend Flacons gekauft.“

Darauf lächelte sie mir strahlend an, enthielte, und ich stand mit dem Strubinophan traumverloren vor dem Neuen Theater.

Ein „wildes“ Biletthändler versuchte sich an mich heran und offerierte mir einen Parkettstisch für den „Liegenden Holländer“. Immerhin geschmeichelt, daß ich den Eindruck zu machen schien, zur Erwerbung solch eines feudalen Pläzches fähig zu sein, lehnte ich höflich dankend

ab und begab mich zwecks Genuß des Strubinophans und des sich daran anschließenden geistigen Schaffens nach Hause.

Dort angelangt, trank ich zunächst das Fläschchen leer. Darauf las ich die Gebrauchsanweisung. Es wurde da eindringlich davor gewarnt, mehr als einen Teelöffel voll auf einmal zu nehmen.

Ehe ich jedoch über meine Radikalur nachdenken konnte, überfiel mich bereits die erste Inspiration. Kaum hatte ich Zeit, den Deckel von der Schreibmaschine zu reifen. (Eingepannt war zum Glück.) Ich schrieb mit vor Freude heißen Bananen etwas über den Faschismus, als nach knapp einer halben Seite eine neue, gänzlich andere geartete Idee geblitzte die erste verdrängte. Es blieb mir nichts weiter übrig, als ihr Gehorsamkeit zu leisten, und so entstand ein Stimmungsstück aus der Steinzeit, mit dem ich aber wiederum nicht zu Ende kommen konnte, weil eine Ode an den Hauptbahnhof zwingend formuliert werden wollte. Sie gedieh bis zur Mitte und aua dann sah ich in einem Anruf zur politischen Dramatisierung der Säuglinge über. Abermals nur zwanzig Zeilen, und neckische Schandabschnitte drängten nach Gestaltung, deren weiteres Werden von einer Einäufierungsbetrachtung durchkreuzt wurde.

Mir ward sehr banal vor mir selber, denn wie von einem Dämon angetrieben verfiel ich nunmehr einer Kriegsgefangenen der Tschumanten, dessen vierte Strophe in Aphorismen über die aesthetische Ehe anklang.

Da ich einfaß, daß dieses Potpourri bei keiner Redaktion unterzubringen gewesen wäre, beschloß ich, das Schreiben einfach einzustellen, bis sich die heftigste Wirkung des Eliziers verflüchtigt hatte. Ich rief nach meiner Wirtin um Kaffee und wurde von der Braven aus angstvoll aufgeregten Augen anackert, denn — großer Gott — ich sprach in Versen. Die gute Frau meinte schließlich, ich sollte mir doch überwegen nicht solche Umstände machen und aua kopfschüttelnd hinaus.

Da brachte der Postbote eine Nachricht. Wie sich das bei mir von selbst versteht, verweigerte

ich freundlich lächelnd die Einlösung. Natürlich abermals in Reimen. Der Beamte verbat sich das energisch und zog beleidigt ab.

Inzwischen kam die Wirtin mit dem Kaffee. Fragte, ob ich sonst noch einen Wunsch hätte.

„Verlaß mich, Weib, ich fleh' dich an, — gehest dich deinem Gemann!“ Fluchtartig stob die Frau von dannen unter Zurücklassung eines Filzpanzertellers. Nach einer kleinen Weile hörte ich, wie sie mit der Fournierin über meinen Zustand sprach. Das Wort „Klapp“ fiel etliche Male.

Aus Angst, daß man nach einem Sachverständigen schiden könnte, der mich einer Anstalt zuführe, froh ich ins Bett, obwohl es erst sieben Uhr war. Im Halbschlaf durchschaute mein verstrubinophanter Geist so ziemlich alle Papiere irdischen und überirdischen Erlebens. Ich machte eine Art Seelenwanderung durch und fühlte mich bald als diele, bald als jene Kreatur.

Mit schwerem Kopf erwachte ich am anderen Morgen und begab mich zitternd zur Schreibmaschine, um zu prüfen, ob das Strubinophan noch immer sein Unwelen in meinem armen Hirn treibe. Ich knüpfte an die actern begonnene Faschismusplauderei an und — Gott sei Dank — es war alles wieder in Ordnung. Auf die Weitergestaltung der anderen in Anariff genommenen Geistesprodukte verzichtete ich in der wohl richtigen Voraussetzung, daß meine Herren Redakteure wieder für einen Anruf zur politischen Dramatisierung der Säuglinge noch für einen Kriegsgefangenen der Tschumanten das rechte Verständnis haben würden.

Generalmusikdirektor Erich Kleiber in Paris.

Paris, 9. März.

W. S. Niemand wird wohl behaupten können, daß in Paris Mangel an Orchestern bestände, oder daß hier der Musikbetrieb etwa weniger groß sei als in Deutschland. Die Zahl der gerade in Paris veranstalteten Konzerte aller Art ist

ungeheuerlich. Es gibt fünf große und mehrere kleine Orchester, die die ganze Saison hindurch allwöchentlich ein Abonnementskonzert veranstalten. Daneben finden unzählige Solistenkonzerte verschiedener Art statt, während andererseits Chorkonzerte in Paris weniger beliebt sind als in manchen besonders saugensüchtigen Gauen Deutschlands.

Da hat nun eine sehr unternehmende Frau in Paris vor einigen Monaten das große Bagatell-Unternehmen, noch ein weiteres großes Orchester ins Leben zu rufen, das Pariser Philharmonische Orchester, bestehend aus 80 hervorragenden Musikern. Dieses Unternehmen wurde von Lola Rossau zwecks internationalen künstlerischen Austausches gegründet. Sie will dadurch nicht nur dem Pariser Publikum und französischen Solisten die Bekanntheit der hervorragendsten internationalen Dirigenten vermitteln, sondern auf diese Weise auch den gegenseitigen Austausch französischer und ausländischer Meisterwerke der Tonkunst erleichtern. Wie man sieht, ein großes Programm, dessen Verwirklichung anfangs auf sehr große Schwierigkeiten stieß. Inzwischen errang das junge Unternehmen achtunggebietende Erfolge. Seinen größten ganz unbestritten mit einem Konzert unter Erich Kleiber, dem jungen, erst 33jährigen Generalmusikdirektor der Berliner Staatsoper.

Kleibers künstlerische Laufbahn ist bekannt: am 5. August 1890 in Wien geboren, studierte er in Prag gleichzeitig Philosophie an der Universität und Musik am dortigen Konservatorium. Er wurde einer der besten Schüler Gustav Mahlers. Bald wurde er an das Großherzogliche Theater in Darmstadt berufen, wo er 6 Jahre blieb und zum zweiten Kapellmeister aufstieg, als er den „Hofenkaualer“ für einen plötzlich erkrankten Kollegen prima vista dirigierte. Ueber Oberfeld, Barmen und Düsseldorf kam Kleiber im Herbst 1922 nach Mannheim. Ein Jahr später wurde er an die Berliner Staatsoper berufen, die er seit dem Rücktritt des Generalintendanten v. Seillings nunmehr gemeinsam mit Leo Blech, Hörtz und Winter leitet.

Aus dem Stadtkreis

Eine Ludwig-Baumann-Ehrung.

Am 26. Juni wird der badische Komponist Ludwig Baumann in Karlsruhe 60 Jahre alt. Aus dem Gebiete des deutschen Männergesangs eine markante Persönlichkeit, ein Mann, der als Führer der deutschen Männerchorliteratur an dem Aufblühen dieser volkstümlichen Kunstform einen nicht unbedeutenden Anteil hat. Die Zahl seiner Chorführungen ist nicht gering. Sie werden allüberall geliebt, weil sie eben so gut singlich sind. Sie sind im Leben verankert. Sie sind Gemeinschaftsmusik. Sie bilden Gemeinschaft und leben in lebendiger Verbindung mit dem Volke.

Zu seinen Ehren gab der Männergesangsverein „Sängerbund“ Mannheim-Käfertal einen „Baumann-Abend“.

Chormeister Ludwig Malisch-Mannheim hatte als treuer Hüter der Baumannschen Musik einen abwechslungsreichen Vortragsplan aufgestellt, und die ungemein anspruchsvolle Wiedergabe der Chorwerke wie „Der Morgen“, „Stürmisch“, „Vorabend“, „Handwerk“, „Bücherei“, „Der Schmied“, „In die Ferne“ und endlich „Der Bergstrom“ bedeuteten für die Ausführenden wie für den anwesenden Komponisten einen vollen, spontanen Erfolg. In Würdigung seiner Verdienste wurde Ludwig Baumann zum Ehrenmitglied des konzergebenden Vereins ernannt.

Mit Ausnahme der drei Violinisten, die der Sohn des gezeichneten Komponisten Erwin Baumann tonförmig vortrug, waren auch die Gesangsbeiträge keine Schöpfung, für die der Karlsruher Konzerführer Karl Müller keinen Klangvollen und feinnervigen Tenorbariton einsetzte. Bedauerlicherweise behinderte den Sänger eine Indisposition an der vollen Entfaltung seiner schönen Mittel. Die beiden Solisten wurden von Gerda Baumann gewandt und sicher am Flügel begleitet.

In dem sich unmittelbar anschließenden Festbankett, das eine Reihe befreundeter Vereine der näheren Umgebung mit weiteren Baumann-Ehren verband, trat die tiefe Verehrung für den Jubilar aus allen Ansprachen deutlich in Erscheinung. Schlicht und einfach dankte der Gefeierte für die Ehrungen.

R. Sunel.

Die Gültigkeit der Sonntagsfahrkarten über Osnern.

Die ermäßigten Sonntagsfahrkarten gelten über Osnern von Gründonnerstag, mittags 12 Uhr, bis zum Diermontag einschließlich. Innerhalb dieser Geltungsdauer können die Karten an jedem Tag zur Hin- und Rückfahrt benutzt werden. Die Freigabe der Schnellzüge für Sonntagsfahrten ist bekanntlich jezeitlich nur von Ostern bis zum 28. März erfolgt. Der Badische Verkehrsverband bemüht sich darum, daß diese, sowohl im Interesse der Reisenden als auch der Reichsbahnverwaltung, als ideal befundene Regelung auch weiterhin beibehalten wird.

Badische Gedenktage.

Am 11. März 1899 starb zu Freiburg Bartholomäus Herder, der Begründer des ersten, heute weltbekannten Verlagsgeschäftes.

Änderungsvorschläge für die Fernsprechgeldpolitik.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat erneut seine Änderungsvorschläge zu dem augenblicklichen System der Fernsprechgeldpolitik in einer Eingabe dem Reichspostminister bekanntgegeben. Darin wird der Entschluß der Reichspost, wieder auf Anleihen zur Finanzierung von Neuanlagen und ähnlichem zurückzugehen, dringend befürwortet, da er geeignet erscheint, eine Senkung des Gebührensiveaus herbeizuführen. Gleichzeitig wird jedoch als unbedingt notwendig vorgeschlagen, auch eine Änderung des Systems in der Weise einzutreten zu lassen, daß die Lasten gleichmäßiger als bisher verteilt werden. Es könne nicht weiter verantwortet werden, daß der geringe Prozentsatz der Gesprächspreise gegenüber dem Wertgesprächspreiserhöht wird. Von diesem Grundgedanken ausgehend, soll eine Änderung der Tarife für Einrichtungen als auch für den Betrieb erfolgen. Bei der Festsetzung der Gebühren für die Einrichtungen müsse grundsätzlich berücksichtigt werden, daß es sich nur um teilweise Herabsetzung der Einrichtungsgebühren handelt; der größere Teil der Anlagen müsse unbedingt durch Anleihen und Betriebsüberträge gedeckt werden. Die Einrichtungsgebühren, deren Ermäßigung gefordert wird, treffen alle Teilnehmer gleichmäßig.

Da für die Berechnung der Betriebsgebühren der Pauschalzins grundlegend von der Post abgelehnt wird, wird vorgeschlagen, daß neben der Grundgebühr eine mäßige Gesprächsgebühr erhoben wird. In der Grundgebühr müsse eine gewisse Mindestzahl der Gespräche enthalten sein. Die Gesprächsgebühr dürfe nicht über ca. 5 Pf. für das Einzelgespräch hinausgehen. Eine Herabsetzung der Fernsprechgeldgebühren besonders für die nahen und mittleren Entfernungen soll erreicht werden. Das System der Gesprächsgebühr, das beibehalten wird, müsse weiter vervollkommen werden. Solange dies nicht der Fall sei, müsse ein höherer Prozentsatz für die Abnehmer in Anrechnung gebracht werden. Im Falle der Beibehaltung der Staffelung bei der Einzelgesprächsgebühr sei, um einen gerechten Ausgleich für die Gesprächspreise zu erreichen, die Gesamtzahl der auf sämtlichen Apparaten einer Firma geführten Gespräche der Berechnung zu-

Große Unterschlagungs- und Erpressungs-Affäre.

Der 26 Jahre alte verheiratete Kaufmann Kurt Moser, Redner der Ortsgruppe Karlsruhe eines Verbandes, ist wegen Unterschlagung von Geldern verhaftet worden. Es handelt sich um einen Betrag von 25 000 Mark, den Moser in den letzten zwei Jahren nach und nach unterschlagen hat. Das Geld ist restlos von ihm verbraucht worden.

Wir erfahren zu der aufsehenerregenden Verhaftung noch folgende Einzelheiten:

Außer Moser ist die Tänzerin Anna Marie Beck, die hier unter dem Namen Ellen Roussow lebte, deren Freund Egon Marzian und ihr Dienstmädchen Olga Schmah verhaftet worden. Die Roussow, die aus Stuttgart stammt, lebte seit 1924 hier in Karlsruhe auf sehr großem Fuße. Sie ist 25 Jahre alt; ihr Freund stammt aus Altona, ist 40 Jahre alt und von Beruf Buchdrucker. Vielfach gaben sich die beiden als Ehepaar Marzian aus; sie lebten zusammen zuletzt in einer Wohnung der Draisstraße. Ellen Roussow trat als Tänzerin auf, erstmals bei der großen Modenschau im Herbst letzten Jahres in der Festhalle. Sie fiel hier und auch später durch ihre raffinierten Kostüme auf, die teilweise außerordentlich kostbar waren. So erzielte sie bei Maskenbällen in der Karnevalszeit verschiedene Preise, u. a. hier in Karlsruhe als „Revue“ und in Baden-Baden als „Gräfin Mariza“. Sie hatte Tanzunterricht in Baden-Baden genommen, wo sich auch Marzian zum Tänzer ausbilden lassen wollte. Ihre Tänze studierte Marzian zum Teil mit ein. Bei mehreren Gelegenheiten trat er als ihr Impresario auf und bei einigen Vereinsfestlichkeiten fungierte er trotz eines kleinen Sprachfehlers als Anführer. Die Roussow verlangte für ihre Tänze ein ganz übermäßiges Honorar, worauf vor allem Marzian stets mit aller Energie bestand. So verbot er einmal der Roussow, unter 50 Mark für den Abend zu tanzen.

Im November 1924 lernte die Roussow in einem Kabarett den Kaufmann Moser kennen. Auf raffinierte Weise verstand sie es, mit ihm in nähere Beziehungen zu treten. Da Moser verheiratet ist, mußte sie ihre Beziehungen erpresserisch aus und erhielt so 10 000 Mark. Trotzdem suchte das saubere „Ehepaar“ noch weitere Leute zu schädigen und bezahlte seine großen Rechnungen nicht, sodaß sie allmählich in Karlsruhe bekannt wurden. Aus diesem Grunde suchten sie ihre Hochstapeleien in Baden-Baden fortzusetzen. Bei der Rückkehr von Baden-Baden am Dienstag abend wurden beide hier verhaftet. Die Roussow hatte wertvolle Kleidungs- und Schmuckstücke mitgebracht. Sie gab an, die Gegenstände zur Ansicht erhalten zu haben. Das uneheliche Kind von 1½ Jahren wurde ins Kinderheim gebracht. Das Dienstmädchen Olga Schmah wurde verhaftet, weil sie im Verdacht der Beihilfe zur Erpressung und Gewerbs-unzucht steht.

Die Unterschlagungen kamen bei der Prüfung der Kasse des Verbandes heraus. Moser, der ehrenamtlich arbeitete, fehlte wegen Krankheit. Die Sitzung wurde verschoben und Moser erfuhr, sofort einen vollständigen Kassenabluß vorzulegen. Als sich der Abluß verweigerte, wandte sich der Landesverband an die Bank, wo festgestellt wurde, daß Moser Schecks mit größeren Beträgen ausgestellt hatte, die die Roussow abhob. Die Kriminalpolizei wurde benachrichtigt, worauf die Festnahme Mosers erfolgte.

Das schamlose Verhalten, durch das der betreffende Verband nicht nur materiell, sondern auch ideell schwer geschädigt wird, kann gar nicht scharf genug verurteilt werden. Hier sind in gewisser Weise Gelder durch einen leichten Lebenswandel verschwendet worden, die für hohe Zwecke oft unter großen persönlichen Opfern der Gabe bestimmt waren. Die Unterschlagungen werfen ein grelles Licht auf die gesunkene Moral unserer Zeit.

Der Karlsruher Einzelhandel

(Ortsgruppe Karlsruhe der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels) hielt gestern abend im „Löwenbräu“ seine 19. ordentliche Mitgliederversammlung ab, die sehr stark besucht war.

Der von Herrn Walter Westphal erstattete umfangreiche Geschäftsbericht bezogte eine außerordentlich rühmliche Tätigkeit innerhalb des Karlsruher Einzelhandels, die nicht nur den Mitgliedern, sondern auch der Allgemeinheit zugute kam. Sowohl der Geschäftsbericht, als auch der Kassenertrag, den der Redner der Vereingung, Herr Robert Knauth, vorlas, wurden mit lebhafter Anerkennung aufgenommen und dem Gesamtvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Bei den Wahlen wurde an Stelle des zurückgetretenen Herrn Langert einmütig Herr Benninger (Sa. Holz-Gutmann) zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt, im übrigen bleibt der Vorstand in seiner bisherigen Zusammenstellung bestehen.

Den Regularien folgten mehrere interessante Referate. Zunächst sprach der Landesvorsitzende des Badischen Einzelhandels, Stadtrat Rudolf Hugo Dietrich über das Thema „Die Stellungnahme des Einzelhandels zum Preisabbau der Reichsregierung“. Der Redner legte an Hand unersetzlicher Materialien überzeugend dar, wie unangenehm die einseitigen Vorwürfe gegen den Einzelhandel in Hinblick auf die Preisgestaltung waren und welche Schritte seitens der Organisation unternommen wurden, um die Reichsregierung und die Öffentlichkeit von dem Wahne abzubringen, als läge es in der Hand des Einzelhandels, willkürliche Preisbewegungen nach oben oder nach unten hervorzurufen. An die Mahnung zum treuen Zusammenhalten knüpfte der Redner die Aufforderung: „Tue jeder sein Teil, dem Ganzen zum Heil“, denn nur aus intensiver Mitarbeit aller könne dem Einzelhandelsstand eine bessere Zukunft ersehen.

Verbandsdirektor Steinel entrollte in seinem dann weiterhin folgenden Referat ein anschauliches Bild über die Vertretung des Einzelhandels in Stadt, Land und Reich, bei den Re-

gierungsstellen und im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, sowie in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Hand in Hand damit schilderte der Redner den inneren Aufbau der Organisation des Einzelhandels und schloß mit einer scharf umrissenen Beantwortung der Frage: Was tut uns heute not?

Weiden Rednern wurde seitens der Versammlung für ihre interessanten Darlegungen lebhafter Beifall zuteil, ein Dank, dem der Vorsitzende, Herr Ditto Freund, i. d. B., auch noch in besonders herzlichen, anerkennenden Worten Ausdruck verlieh.

Weiterhin gab dann der Leiter der Steuerabteilung der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels, Finanzrat Lieber, einen zahlenmäßigen Uebersicht über die ungenauere Steuerlast des Einzelhandels unter Berücksichtigung sämtlicher Steuern und gemeindlichen Umlagen. Es dürfte allgemein interessant sein, auf dieses Referat, aus dessen Inhalt auch ein Bild darüber gewonnen werden konnte, wie stark die Steuerlasten auf die Preisbildung drücken, gelegentlich an dieser Stelle zurückzukommen. Die Versammlung nahm das Referat mit großem Interesse und Beifall entgegen. Eine auf die Grund- und Gewerbesteuer Bezug habende Entscheidung wurde einstimmig angenommen und der Verbandsleitung zur weiteren Veranlassung übergeben.

Es entsann sich noch eine kurze Ansprache, in deren Verlauf Stadtrat Knauth auf die bekannten Vorgänge innerhalb der Wirtschaftlichen Bezirksvereine zu sprechen kam und die Versammlung bat, aus Gründen des zweifellos betroffenen Allgemeininteresses Stellung dazu zu nehmen.

Die Versammlung erkannte einmütig den von Direktor Steinel in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt als allein richtig an und sprach Herrn Steinel für seine auf dem Rathaus geleistete Arbeit durch Erheben von den Eichen Vertrauen, Dank und Anerkennung aus. Sodann wurde die Versammlung um 11 Uhr vom Vorsitzenden mit Worten des Dankes an die Teilnehmer geschlossen.

grunde zu legen. Abschließend wird beantragt, daß die angeregten Änderungen sobald wie möglich durchgeführt werden, da für die Gewerbetreibenden bei der augenblicklichen Wirtschaftslage jede Erleichterung von allgrößter Bedeutung ist.

Der Verband glaubt aus verschiedenen Anzeichen schließen zu dürfen, daß die Reichspost Änderungen in dem angegebenen Sinne nicht abgeneigt ist.

*

Dienstjubiläum. Am heutigen Donnerstag kann Hausmeister Jakob Ehrler an der Postlozischule sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern, aus welchem Anlaß dem feils dienstfertigen und zuverlässigen Beamten

aus allen Kreisen der Bevölkerung Glückwünsche und sonstige Ehrungen zugegangen sind. Die Hausmeistervereine überreichte dem Jubilar und dessen Gemahlin wertvolle Geschenke mit passender Widmung, wofür beide herzlich dankten. Die genannte Vereingung wird noch einen besonderen Ehrenabend für den Jubilar veranstalten.

Konzert am dem Schloßplatz. Der Musikverein Harmonie gibt am Sonntag nachmittag 3 Uhr am dem Schloßplatz ein Plakonzert.

Mittlerer Justizdienst. Im April d. J. wird wieder eine beschränkte Anzahl von Anwärtern für den gehobenen mittleren Justizdienst (Justiz-anwärter), und von Anwärtern für den einfachen mittleren Justizdienst (Büroanwärter) aufgenommen werden. Die Aufnahmegesuche

sind in der Zeit vom 15. März bis 7. April d. J. beim Justizministerium einzureichen. Bewerber haben ihre Gesuche durch Vermittlung des Amtsgerichts, in dessen Bezirk sie ihren Wohnsitz haben, vorzulegen.

Für Briefmarkensammler veranstaltet der größte englische Sammlerverein ein Preisausloos. Am Wettbewerb können sich Sammler aller Länder beteiligen. Der erste Preis ist eine Freifahrt zur Ausstellung 1926 nach New York. Die Bedingungen sind zu erfahren durch Major H. J. E. Gold, London C 4, 44 Fleet Street.

Deutscher Abend. In dem Bericht muß der Name Kuhnert unter den an der Aufführung mitwirkenden Herren Krone stehen.

Siddentischer Musikertag. Am Samstag, 13. und Sonntag, 14. März, findet im Bürgeraal der ordentliche Vertretertag des Südbad. Musikerverbandes statt. Dem Verbande gehören 300 Musikvereine Südbadens mit 4000 ausübenden Mitgliedern an.

Besch der Feuerwache. Am Dienstag nachmittag besichtigte im Anwesenheit des Oberkommandanten Heuser, der Adjutanten Schönberr und Porz, sowie des Hauptmanns der Bahnhofsfeuerwehr Lohse und des Herrn Kachel von der Firma Mosler der Direktor der Moslauer Feuerwache, der bei der Firma Meß 10 Maschinenleitern und 10 Motorspritzen in Auftrag gegeben hat, die Feuerwache. Nach Besichtigung der Gerätschaften und des Schlaftaales, begab man sich ans Schlaftaale, wobei die Feuerwache durch den Oberkommandanten Heuser geleitet wurde. Hier fand eine Spritzenprobe statt, die einen sehr guten Verlauf nahm. Nunmehr begab man sich an den Neubau des Feuerhauses auf dem Salmbergplatz und unter Führung des Bauführers wurde dieser eingehend besichtigt.

Starkes Anwachsen der Volksschulpflichtigen. Die Anmeldungen der Volksschüler, die an Dörfern als A-B-C-Schützen antreten müssen, haben ein überraschendes Resultat ergeben. 2478 neue Volksschüler wurden angemeldet gegen 1888 im Vorjahr. Das ist also eine Vermehrung der Volksschüler um 1085. Dieses gewaltige Anwachsen ist zurückzuführen auf die Rekordziffern der Einschreibungen in den Jahren 1919 und 1920.

Fahrpreismäßigung für Kleinrentner. Im Interesse der Kleingartenbewohner wird seit langem den Besitzern von kleinen Gärten in der Umgebung der Städte unter bestimmten Bedingungen Fahrpreismäßigung gewährt. Auch in diesem Jahr wird diese Ermäßigung aufrecht erhalten. Zur Erlangung dieses Vorteils ist der Besitz eines Ausweises nötig, der auf besonderen Antrag ausgeschrieben wird. Als Kleingärtner wird angesehen, wer Pächter eines Kleingartens, d. h. eines Grundstücks von 200 bis 2500 Quadratmeter Größe ist. Anspruch auf die Fahrpreismäßigung haben außer dem Besitzer auch die Ehegattin, die Kinder, Geschwister, Schwiegereltern und Schwiegerkinder des Kleingärtners, sobald sie seinen Hausstand teilen. Die Fahrpreismäßigung gilt nur bis zu einer Strecke von 40 Kilometer Entfernung vom gewöhnlichen Wohnort; es ist dann nur der halbe Fahrpreis zu entrichten, und zwar nur bei Fahrten zwischen der Station des Wohnortes und der dem Gartenort nächstgelegenen Station. Die Ermäßigung gilt nur für die dritte und vierte Wagenklasse. Der Antrag auf Ermäßigung, dessen Vorbrücke an den Fahrkartenschaltern zu haben sind, muß eine Bescheinigung über die Eigenart des Antragstellers als Kleingärtner enthalten. Anständig für diese Bescheinigung ist die Gemeindebehörde des Gartenortes. Der Antrag muß 14 Tage vor Inanspruchnahme der Ermäßigung bei der zuständigen Stelle vorliegen. Wird er genehmigt, so erhält der Kleingärtner einen mit Lichtbild versehenen Ausweis, den er dann zur Erlangung der Fahrpreismäßigung bei Lösung des Biletts vorzulegen hat.

Bier-Kabarett zum „Elefanten“. Nachdem das Februarprogramm von einer fächlichen Theatertruppe bestritten worden war, hat die Direktion für März erstklassige Kabarettkräfte verpflichtet. Gesang und Tanz, Ernstes und Heiteres wechseln in bunter Reihenfolge ab. Als Anführer waltet Carl Heinz Linke-Meinhard mit Laune und Humor seines Amtes. Den Abend eröffnet Edith Carmen mit zwei Phantasietänzen. Friedel Neuz erntet mit ihren Alt-Wiener Liedern und Tänzen ebenfalls großen Beifall. Eine sehr beachtenswerte Leistung zeigt Janos Kib mit seinem temperamentvoll vorgeführten Kosakentanz. Mit einem wohlgeschulten Bariton bestingt Carl Heinz Linke-Meinhard die Studentenstadt Heidelberg. Der Humor ist durch Maxchen Max, einem „Röschigen Jung“, der durch seine urwüchsige Komik fast eine Stunde wahre Lachstürme entsefzt, hervorragend vertreten. Käthe Deffland und Elith und Jonny widmen sich dem englischen Steptanz und ent-

Ueberfall in der Welt.

wohin man auch kommen mag, kennt man die Flügel und Pianinos von Bechstein, Blüthner, Gortian Steinweg Nachf., sie sind als allererste Fabrikate bekannt und geschätzt, sie besitzen Weltrenomee keine anderen Klaviere. Diesen Weltrenomee haben sie erworben durch die Ueberlegenheit in Ton, Güte und Haltbarkeit; aus diesem Grunde werden sie in allerersten musikalischen Kreisen benutzt und von den bedeutendsten Künstlern gespielt. Eine schöne Auswahl der Flügel und Pianinos dieser Weltfirmen finden Sie beim Vertreter Ludwig Schweissert, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4 (beim Rondellplatz).

Mitwirkende: Opernsängerin Hete STECHERT und Kammeränger Wilhelm NENTWIG vom Landestheater Karlsruhe, Benno HALLE-Zürich (Rezitationen)

Eintrittspreise: im Vorverkauf: Saal Mk. 2.50, Galerie Mk. 1.20; an der Tageskasse: Saal Mk. 3.—, Galerie Mk. 1.50

Vorverkaufsstellen: MICHEL-ROSEN, Kaiserstr. 74, Geschw. GUTMANN, Kaiserstr. 122, Friedrich BLOS, Kaiserstr. 104, Schuhhaus LOEW-HÖLZLE, Kaiserstr. 187, Jul. STRAUSS, Kaiserstr. 189 und E. HUBER, Kaiserstr. 235

Kaffeestunde der „Badisch. Hausfrau“

verbunden mit hauswirtschaftlicher Ausstellung und großer

FRÜHJAHRSMODENSCHAU

der Firmen Michel-Bösen, Damen-Konfektion, Geschw. Gutmann, Damenhüte, Schuhhaus Loew-Hölzle, Julius Strauß, Strümpfe u. Schals, Friedrich Blos, Taschen u. Schirme, E. Huber, Teppiche u. Dekorationen

am Mittwoch, 17. März 1926, nachm. 3 Uhr und abends 8 Uhr, im Saal der „Eintracht“ Karl-Friedrichstr.

ledigen sich ihrer Aufgabe in bester Weise. Den Schluss des Abends bildet eine Burleske „Der Nihilist, oder der Mann mit den drei Frauen“, die nochmals den Humor zu seinem Recht kommen lässt. Die Paufen werden von der Hanskapelle (Jazzband) durch gefällige Musikstücke in angenehmer Weise ausgefüllt.

Schwerer Autounfall. In der Nacht zum Mittwoch gegen 2 Uhr fuhr ein Personenkraftwagen in ziemlich schnellem Tempo in eine Aufgrabungsstelle der Kaiserstraße. Ede Japantstraße, wodurch der Führer des Autos, ein Baumeister aus Forzheim, die Herrschaft über den Wagen verlor. Der Fahrer, ein 22 Jahre alter Kaufmann von hier, wurde aus dem Wagen geschleudert und blieb blutüberströmt liegen. Er wurde in das Städt. Krankenhaus eingeliefert. Der Kraftwagen wurde schwer beschädigt.

Brandschaden. In einem Hause in der Stadelstraße geriet ein auf dem Gasherd stehender Fettopf in Brand, wodurch ein Küchenschiff und zwei Bagelteppiche ebenfalls in Brand gerieten und teilweise verbrannten. Es entstand ein Schaden von etwa 80 Mark.

Wegen Sachbeschädigung gelaufen 2 Personen von hier zur Anzeige, weil sie in der Nacht vom 8. auf 9. ds. Mts. im Gewann Weiseracker einen Gartenzaun mutwillig umrissen.

Zusammenstoß. Ede Kaiser- und Herrenstraße geriet nachmittags ein aus der Herrenstraße kommender Personenkraftwagen mit einem Straßenbahnzug der Linie 4 zusammen, wodurch der rechte Kotflügel und das Trittbrett des Autos beschädigt wurde.

Festgenommen wurden: ein led. 23 Jahre alter Kaufmann aus Preußisch-Holland wegen Totschlags und Erpressungsversuches; ein verh. 22 Jahre alter Autohändler aus Berlin wegen Einbruchsdiebstahls, dessen 22 Jahre alte Ehefrau von hier wegen Hehlerei; ein verh. 26 Jahre alter Kaufmann von Tilsit, wohnhaft hier, wegen Unterschlagung von 25000 Mark, zum Nachteil einer hiesigen Druckschneiderei; eine 25 Jahre alte ledige Tänzerin aus Stuttgart wegen Erpressung; ein gesch. 40 Jahre alter Buchdrucker von Altona wegen Beihilfe zur Erpressung und Fälschung; eine Händlerin von Döhring wegen Betrugs; ein Studierender von Offen wegen Betrugs; ein Handlungsreisender von München wegen unerlaubten Handels mit Koffein; ein Reisender von Dieffen, der vom Amtsgericht Mannheim zum Strafvollzug geschickt wurde, ferner 10 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen.

Chronik der Vereine.

Viecherhalle. Auf vergangenen Samstag waren die Sänger der Viecherhalle zu einem gemütlichen Bierabend in dem Saal III der Brauerei Schrennp eingeladen. Wenn bald noch Beginn in dem nächstbesten Saale schon eine fröhliche Stimmung herrschte, so war das in erster Linie dem von der Brauerei Schrennp dargebotenen famosen Getränke zu verdanken. Für den musikalischen Teil sorgte Sangesbr. Stanelle mit einer in überaus schöner Weise ausgetretenen Kapelle des Abendvereins, deren Darbietungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Der 1. Präsident, Gymnasialdirektor Karle gedachte in seiner Begrüßungsansprache in feinsinnigen Worten des 100. Geburtsjahres des Dichters Josef Viktor von Scheffel und ließ darauf Kompositionen am Klavier folgen, die in weicherer Weise vorgetragen, ihren Gehör auf die Zuhörer nicht verhehlen und reichen Beifall erzielten. Mit gefanglichen Einlagen erheiterte die Sangesbr. Müller vom 1. Tenor und vom 1. Bass, die wesentlich zur Verschönerung des Abends beigetragen haben. Besonders hervorzuheben sind noch die heiteren und humorvollen Beiträge des altbewährten Sangesbr. Feld, die manchmal stürmische Beifallrufe auslösten. Sangesbr. Mühl von der Viecherhalle Speyer überholte noch mit einem von ihm selbst verfassten Gedicht in dialektischer Mundart, das allgemeine Heiterkeit erweckte. Das Programm war so reichhaltig, daß nur wenige gemeinsame Höre gelangen werden konnten, denn allzusehr vergingen die schönen Stunden und als nun Nachtruhe gemacht wurde, trennte man sich nur schwer, doch mit allen Teilnehmern der wirklich gemütlichen Veranstaltung, der sie den Alltags Sorgen einige Stunden entrückt hat, noch recht lange in angenehmer Erinnerung verbleiben.

Der Bürgerverein hat die Gasthaus zum Gebirgen seine Monatsversammlung ab. Die Hanskapelle des Bürgervereins, Hermann Martin (Klavier), Alfred Merkel (Violine) und Hans Buz (Jazzband) füllte die Paufen mit erst vorgetragenen Musikstücken aus und erzielte dafür reichen Beifall. Der Vorsitzende Friedrich Hafer, gedachte zunächst des längst verstorbenen Wilhelm Knobloch, eines treu bewährten Mitgliedes des Bürgervereins, zu dessen ehrenden Gedenken sich die Anwesenden von den Siben erhoben. Dann berichtete er über die Entwicklung des Bürgervereins, dessen Mitgliederzahl sich laufend mehr, da in der letzten Versammlung wiederum 9 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Dem Bürgervereinsrat wurde am 9. Januar eine Eingabe unterzeichnet mit der Bitte um Anfordersung der Remontragefrage der Friedrichstraße und der Wiesstraße. Auch wurde die Auslieferung der Saupf-Kassette angeordnet. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, daß den Kriegserfahren endlich eine pflichtgemäße Pflege, durch Einlösung und Neuanfertigung auslieferte. Ebenso wäre es angebracht, wenn baldigst in Trümmern, am geeignetsten an der Kirche, die Gedenktafel der im Weltkrieg Gefallenen erstellt wird, nachdem für diesen Zweck Anfang des vergangenen Jahres 1800 M. bewilligt wurden, die im Voranschlag enthalten sind. In der gesamten Einwohnerschaft Bielefelds besteht kein Zweifel darüber, daß diese Wünsche nicht nur durchaus berechtigt sind, sondern schon längst hätten erfüllt sein müssen, wenn noch etwas Interesse für das Wohl der Gemeinde und ihrer Einwohner vorhanden wäre. Die Antwort, die der Gemeinderat auf die Eingabe unterm 8. Februar 1926 er-

teilte, erreichte daher in der Versammlung Erkennen und ironische Heiterkeit. Sie lautet kurz und bündig: „Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 4. Februar vom Schreiben des Bürgervereins Kenntnis genommen und ging zur Tagesordnung über.“ ocs. Bus. Man scheint auf dem Rathaus sehr merkwürdige Anschauungen über die Pflichten und Rechte der Bürger zu haben. — Es wurde u. a. besonders unangenehm empfunden, daß man in der Remontragefrage Sand auftragen ließ, anstatt zu schlichten. Diese Strafe weist nun ein noch viel schlimmeres Bild als vorher auf. Ein Begehren zu Fuß ist unmöglich, Radfahrer und Motorräder verkehren auf den Gehwegen. Ein Arzt, der fähig ist, auf einem Kranken gerufen wurde, blieb mit seinem Auto fast stehen und erlitt dadurch einen erheblichen Materialschaden an seinem Wagen. Ferner wurde über die schlechte Beleuchtungsanlage in der Gemeinde, die noch in Eisen und Zink besteht, gesprochen. Der Zustand der Feldwege, die vielfach von fremden Fuhrwerken befahren werden, dürfte etwas besser sein, usw.

Veranstaltungen.

Orientverein Karlsruhe u. D. N. M. Auf den heute abend 8 Uhr stattfindenden Lichtbilder-Vortrag von General K a n e n g e r „Mit den türkischen Bundesgenossen im heiligen Kampf um die Dardanellen“ im Chemie-Saal wird nochmals aufmerksam gemacht. Ferner „Amphibienkrieg“ stellte nicht nur eines der interessantesten und wichtigsten Kapitel im Verlaufe der Ereignisse auf dem türkischen Kriegsschauplatz dar, er hat auch die Entwicklung der Kriegsverläufe im Osten, d. h. in Asien, entscheidend beeinflusst; denn der Zusammenstoß der russischen Armee mit dem türkischen Heer, wenn es dem Landungsboot und der Flotte der westlichen Entente-Mächte gelangen wäre, das Tor der Dardanellen zu durchbrechen und sich im Schwarzen Meer mit den russischen Verbündeten zu vereinigen. Karten-Vorverkauf in der Buchhandlung Bielefeld.

Abendunterhaltung der Feuerweh. Am Samstag, 13. d. M., findet in der Viecherhalle die Abendunterhaltung, der seit Bestehen der Feuerweh offiziell beliebt und jeweils hoch beachtete Feuerwehball hat. Die alljährlich, so wird auch in diesem Jahre etwas Besonderes geboten, so daß der Ball sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellen darf. Die Tanzordnung liegt in den Händen des Herrn Braunage 1, der die Einleitung der von Damen ausgeführten Tänze vornimmt. Die gesamte Feuerwehkapelle, unter Leitung des Musikdirektors J r g a n a, hat den musikalischen Teil in Händen. Karten für Einlassgebühren sind bei Notant For. Goldener Koffer, erhältlich.

Allgemeiner Deutscher Jagdschutzverein. Am 11. März, abends 8 Uhr, findet im Saal III der Brauerei

Schrennp, Waldstraße 16/18, ein Lichtbildervortrag von Major a. D. B a g e l i n, Direktor der Deutschen Reichsanstalt für Sandfeuerwaffen, Berlin-Balensee, über das Thema: „Die neuzeitliche Entwicklung des Waffen- und Munitionswesens“ statt. Da dieser Vortrag sehr interessant zu werden verspricht und der Feuerweh Einblick gewährt in die Herstellung von Waffen und Munition, sowie auf die Gefahren hinweist, die durch unsachgemäße Herstellung und Behandlung von Waffen und Munition entstehen können, ist ein zahlreicher Besuch des Vortrages zu erwarten. Die Mitglieder des Badischen Bundes Deutscher Jäger, der Schützengesellschaft Karlsruhe, des Vereins für Kleinkaliberwaffen sind zu diesem Vortrag ebenfalls eingeladen. Der Eintritt ist frei. (Siehe die Anzeige.)

Stadtsbuch-Zugänge.

Todesfälle. 9. März: Jakob U h r i g, 77 Jahre alt, Techn. Direktor, Chem. 10. März: Sofie S e x a n e r, 58 Jahre alt, Ehefrau von Wilhelm Sexaner, Bleichnermeister; Auguste V e i s, 67 Jahre alt, ohne Beruf, ledig.

Tagesanzeiger

Man beachte die Anzeigen.

Donnerstag, 11. März.

Bad. Landestheater. 7½—10¼ Uhr: „Batavia“. Stadt. Konzerthaus (Bad. Viecherhalle): abends 8 Uhr: „Wander der Schöpfung“. Colosseum. Tagl. abends 8 Uhr: Variete-Programm. Brauerei Schrennp, Saal III: Lichtbilder-Vortrag. Orientverein Karlsruhe: abends 8 Uhr: Lichtbildervortrag im Chemie-Saal der Techn. Hochschule.

Geschäftliche Mitteilung.

Nichtiges Sagen will verstanden sein, denn es wäre grundfalsch, z. B. bei der Ernährung Einschränkungen vorzunehmen, die zunächst unmerklich, doch zu schweren Schäden, namentlich bei Kindern, führen können. Jeder Mensch braucht, um gesund zu bleiben, ständig lebenswichtige Nahrungsstoffe, die in einer angemessenen Form, wie durch den Genuss der nahrhaften und wohlschmeckenden Fein-Brotbacken kaum geboten werden können. Das Fein-Brotbacken enthält ein Ei, ein Butter, Zucker und was das Beste ist, ein wenig weisses weisses Nahrungsmittel und kein Schmelzgericht ist, sollte jeder Hausfrau bekannt sein. Wird er außerdem mit Frucht oder mit Früchten, gebacken oder eingemachten Früchten aufgetragen, so ist der Fein-Brotbacken die ideale Nahrung, die es gibt.

Berufswahl und Berufsaussichten der Frau.

Auf Veranlassung des Karlsruher Hausfrauenbunds hielt am Mittwoch im Erbpriestereihaus Fräulein Dr. Anders einen Vortrag über „Berufswahl und Berufsaussichten der Frau“. Die Vortragende begann mit einem Vergleich der heutigen schweren Zeit und früheren Jahren, wo es so viel einfacher war einen Beruf zu wählen oder wo man überhaupt nicht an einen Beruf für die Tochter dachte, die sich selbstverständlich verheiratete. Heutzutage stehen von 100 Frauen 34 im Berufsleben und jede dritte Frau ist ehelos. Der Gedanke, das Mädchen heiratet doch einmal! ist ganz falsch, denn das, was die Tochter gelernt hat, wird ihr immer, auch in der Ehe von Nutzen sein. Bei der Wahl des Berufes sollte vor allem auch der Arzt zu Rate gezogen werden. Denn nicht jede Konstitution eignet sich für den vielleicht gerne gewählten Beruf, oft sind Gebrechen vorhanden, von denen man nichts weiß, ist es doch schon vorgekommen, daß Schneiderinnen farbenblind waren. Für das Handwerk genügt Volksschulbildung, aber eine bessere Schule kann auch da nur von Nutzen sein. Die Rednerin warnt vor unangemessener Ausbildung. Sie ist bei jedem Schaden und kann niemals an einer ordnungsgemäßen Vorkurs- und Meisterprüfung führen. Das Handwerk umfasst für die Frau etwa die Berufe der Schneiderin, Stickerin, Friseurin, Buchbinderin, Gärtnerin, Muttererzieherin für Textilindustrie, Photographin. Überall 14jährige Lehrzeit oder entsprechende anerkannte Schule, evtl. auch Lehrzeit und Schule, bei verschiedenen Berufen Kaufmannsberufe oder Kunstschule sind erforderlich. Für die künstlerischen Berufe muß natürlich unbedingte Begabung vorausgesetzt werden, aber auch die Schneiderin und Friseurin u. a. können es mit ungeschickten Händen zu nichts bringen. Bei der Gärtnerin muß noch besonders auf eine feste Verbindung geachtet werden, denn sie ist oft großen Temperaturschwankungen ausgesetzt und muß sich viel bilden. Die Blumenbinderin muß nicht ausgereifte Gärtnerin sein, aber auch bei ihr ist die Geschicklichkeit der Hände Bedingung. Die Gartenbaulehrerin muß höhere Schulbildung haben, gute Gesundheit und eine mehrjährige Ausbildung. Die sogenannte Mamiel und Gesüßepflegerin findet man nur in Norddeutschland. In neuester Zeit wird auch eine Lehrzeit für die Hausangestellten angeordnet, weil immerfort ein Mangel besteht an gut ausgebildeten Kräften. In Dörfern ist das Verbringswesen im Haushalt schon sehr verbreitet.

Das Personal des Gastgewerbes, die Köchinnen, Wäschbefeidigerinnen usw. gehen aus den Kreisen der Hausangestellten hervor. Was ein Mädchen im Hausangestelltenberuf lernt, kommt auf alle Fälle der späteren Hausfrau zugute. Dasselbe gilt von den Krankenpflegerinnen. Sie müssen auch eine ab-

geschlossene Ausbildung haben mit Examen nach 2 Jahren. Der Beruf der Kinderpflegerin hängt damit zusammen, ebenso Krankenpflegerin und Wäschbefeidigerin. Die Heilgymnastikerin ist ein noch weniger geförderter Beruf, auch der Beruf der technischen Assistentin an Künstenlaboratorien ist in Baden noch nicht geregelt, wohl aber in Preußen. Nachfrage ist immer für gute Kräfte, die in Krankenhäusern gut bezahlt werden. Der Beruf der Zahntechnikerin erfordert einen langjährigen Lehrgang. Die Wäschbefeidigerin und Säuglingspflegerin baut sich auf Kranken- und Säuglingspflege auf u. muß den Ablauf einer Frauenklinik haben. Sehr gute Gehälter ist Bedingung. Der Beamtenstand wird für die beiden letzten Berufe angestrebt. Dann die Kindergärtnerin, Jugendleiterin, Hortnerin mit Examen unter staatlicher Aufsicht.

Zum Lehrereinerberuf konnte die Rednerin nicht zurechen, er ist überflüssig und die Ausbildung ist in der Neuregelung begriffen. Die Dandarbittlerin hat bessere Aussichten, ebenso die Lehrerin an den Gewerkschulen. An Hauswirtschaftslehreinnen ist dringendes Bedürfnis, sie können aber in Baden noch nicht ausgebildet werden. Die Musiklehrerin hat es mit großer Konkurrenz aufzunehmen, besonders auch mit halbausegebildeten Kräften, weniger die Lehrerin für rhythmische Gymnastik. Vor dem Kaufmannsberuf warnt Fräulein Dr. Anders nachdrücklich wegen der benötigten Arbeitslosigkeit der Angestellten. Quers wurden die halb ausgebildeten Kräfte entlassen, jetzt auch schon die besseren. Vor allem muß die kaufmännische Kraft gut ausgebildet sein. Gute Schulbildung, Kenntnisse im Rechnen u. Orthographie vor der Fachausbildung, die niemals auf einer Schnellpresse (halbjährliche Dandelschule) gelehrt werden darf. Die Post- u. Bahnassistentin ist auch nicht mehr so ausichtslos wie früher, sie bedarf auch eines Examens. Der Beruf der wissenschaftlichen Lehrerin ist überflüssig, auch vor dem Studium der Nationalökonomie ist dringend zu warnen, die fertigen Kräfte arbeiten zum Teil mit 100 M Gehalt. Auch die Chemikerin hat schlechte Aussichten, 50—100 Bewerbungen um eine Stelle. Die Aussichten der Juristin mit 2 Examen sind nicht so unangenehm, das Studium der Apothekerin ist nur zu raten, wenn auf die Aussicht einer Selbständigemachung vorläufig verzichtet wird. Das Veratestudium ist nicht schlecht, wenn Luft vorhanden ist, sich auf dem Lande niederzulassen, da es dort sehr an Ärzten fehlt; in der Stadt ist der Beruf überflüssig. Ebenso der Beruf der Zahnärztin. Nicht aussichtslos sind Architektin und Theologin. Auf die ganzen zahlreichen Berufe der Fabrik- und Heimarbeiter kann nur hingewiesen werden. Die Frauenarbeit ist jedenfalls aus unserem Wirtschaftsleben nicht mehr fortzudenken.

Was unsere Leser wissen wollen.

M. A. in G. Der Stichtag für die Spendeleistungen ist der 15. Juni 1926. Bei früheren Zahlungen, auch wenn es sich nur um einen Tag handelt, ist keine Aufzinsung ein. Sie können höchstens verlustfrei von Ihrem Schuldner eine angemessene Spende verlangen.

Kasse. Sie sind als Pächterin der betreffenden Kasse verpflichtet, den von dem Pächter verursachten Schaden zu ersetzen. Selbstverständlicherweise muß Ihre Pächterin beweisen, daß der Schaden gerade durch Ihre Pächterin verursacht worden ist.

Kreuzer M. 99: Die große Kreuzblume auf dem Meer Müntzer hat ein Gewicht von 700 Zentner.

Max B. in P. Diegerichten bestehen in Leipzig bei der Aero-Gravität-Betriebs-Gesellschaft in Leipzig, in der Luft-Hebere, in Gießen, in Würzburg, in Kitz, in München. Wilt! Der Dich noch näher unterrichten, so wende Dich an den Deutschen Luftfahrt-Verband in Berlin.

„Reichstag“. Kaufen Sie sich das kleine Werk „Reichstag“ des Deutschen Reichstags, neueste Ausgabe. Dort werden Sie alle Abgeordneten auch in kleinen Abbildungen. Jede Buchhandlung befolgt es Ihnen.

H. D. Kops und Sachanordnung der „Parasiten“ von Professor Gustav Wolf geschrieben. Er leitete 1. 2. der Herstellung (1920) die holländische graphische Verhältnisse der Landesfunkstelle und zeichnet seine daraus hervorgehenden Entwürfe mit dem Signet „B“. — Im Allgemeinen freuen wir uns, daß Sie gleich der übermülligen Erträge Ihrer lange Jahre bezogenen Zeitung aus einer Hand sind.

A. B. hier. Sie sind nicht berechtigt, das betreffende Zimmer ohne weiteres neu tapezieren zu lassen, auch den Betrag an der Miete abzusehen. Sie müssen für mehr dem Hauseigentümer eine angemessene Miete die Berechtigung stellen. Erst nach deren Abgang können Sie das Zimmer auf Kosten des Hauseigentümers renovieren lassen, immer natürlich vorausgesetzt, daß der Hauseigentümer die Reparatur selbst als notwendig erachtet und die Berechtigung verlor.

Wetternachrichtendienst

der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe

Mittwoch, den 10. März.

Nach Abzug einer Störung am Südrande der skandinavischen Zykone, die uns heute nach Niederschläge bei stürmischen Südwestwinden brachte, heiterte es sich heute morgen auf. Die Morgentemperatur liegt in Karlsruhe 5,6 Grad tiefer als die gestrige. Dieser Temperaturrückgang ist zurückzuführen teils auf Einstürme höherer Polarluft auf der Rückseite der Zykone, teils auf Ausstrahlung infolge heiteren Himmels während der zweiten Hälfte der Nacht. — Das westliche Hoch hat einen Keil bis Island vorgeschoben, während das skandinavische Tief südlich gewandert ist. Druckstörungen am seinem Südrande reichen nicht mehr bis in unsere Gegend.

Wetterausblick für Donnerstag, 11. März: Zeitweise heiter, meist trocken, tagsüber mild.

Badische Meldungen.

Höhe über NN	Windrichtung	Temperatur	Wind	Wetter				
Königsstuhl 668	766.4	-1	8	1	WS	leicht	wolklos	05
Karlsruhe 120	767.3	3	12	3	WS	leicht	wolklos	05
Baden 213	767.9	4	11	3	WS	leicht	wolklos	05
St. Blasien 780	7	0	7	0	WS	leicht	Schneef.	7
Heidelberg 1292	697.5	-5	1	6	WS	mäßig	Schneef.	4

* Luftdruck örtlich

Außerbadische Meldungen.

Ort	Luftdruck	Temperatur	Wind	Stärke	Wetter
Aschaffenburg	526.1	-13	WS	mäßig	Schneef.
Berlin	755.0	3	WS	stark	bedeckt
Darmstadt	759.2	2	WS	stark	Regen
Esslingen	757.7	1	WS	stark	bedeckt
Frankfurt	747.8	1	WS	stark	wolklos
Hannover	746.5	2	WS	stark	bedeckt
Köln	768.0	3	WS	mäßig	wolklos
Leipzig	769.0	3	WS	stark	bedeckt
München	771.6	4	WS	stark	bedeckt
Nürnberg	768.0	3	WS	stark	bedeckt
Regensburg	772.0	6	WS	stark	bedeckt
Stuttgart	762.3	4	WS	stark	bedeckt
Wien	763.6	9	WS	stark	bedeckt
Zürich	760.7	6	WS	stark	bedeckt
Basel	774.0	11	WS	stark	bedeckt
Bonn	774.0	9	WS	stark	bedeckt
Dresden	762.3	2	WS	stark	bedeckt
Hamburg	765.0	2	WS	stark	bedeckt
Karlsruhe	768.6	2	WS	stark	bedeckt
Moskau	—	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—	—
München	—	—	—	—	—

Rheinwasserstand.

Ort	10. März	9. März
Waldshut	2.80 m	2.86 m
Schaffhausen	1.90 m	2.27 m
Reh	3.19 m	3.23 m
Wetzlar	5.57 m	5.83 m
—	—	5.83 m
—	—	5.83 m
Mannheim	4.83 m	4.89 m



Das, was sie gern essen, soll man Kindern möglichst oft geben. Nichts essen sie lieber als die bekannten Oetker-Puddings! Sie schmecken gut, sind äußerst nahrhaft und sehr preiswert. Es gibt vielerlei Sorten: Gala-Schokoladen-Puddingpulver * Puddingpulver nach holl. Art * Makronen-Puddingpulver * Schokol.-Speise m. Makronen * Rote Grütze * Götterspeise usw. In allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackung (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Heilkopf“ zu haben. Verlangen Sie ebendasselbe die beliebten Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Aus Baden

Totenliste aus dem Lande.

Gaggenau: Fris Bading, Direktor. Mannheim: Zacharias Schid, Oberhofenmeister a. D., 68 Jahre. Mosbach: Katharina Stegmann, 74 Jahre. Durlach: Christoph Schmitt, Franz Kuffe Schen, Friedrich Klein, Wagnermeister, 58 Jahre alt. Karlsruhe: Frau Karoline Göts, Wwe. Pforzheim: Jean Batschauer, 62 Jahre; Franz Schuhmacher, Braut, 64 Jahre; Bauhlotz: Gottlieb Jung, Landwirt, 72 Jahre; Raffatt: Franz Riegeleberger, Bierführer, 38½ Jahre. Wiesloch: Georg Kammerdin L., 86 Jahre. Bad Nauheim: Ludw. Grebe, Schweinehändler, 35 Jahre. Bühl: Bernhard Vermeß, Pfarrer, in Wormbach bei Säckingen, 56 Jahre. Heidelberg: Margarete Treumer, 65 Jahre, Karl Hegler, Köchelhändler, 72 Jahre, S. Joh. Friedrich Stoll, 70 Jahre; Martin Bähler, Maurer, 68 Jahre. Dffenburg: Karl Dillmann. Säckingen: Ernst Kaller, Schlofferlehrling, 17 Jahre. Rippertstraße: Fidel Dahn, Zimmermeister, 69 Jahre. Oberjochen: Crescentia Müller, 72 Jahre. Wilingen: Marie Hummel, 60 Jahre. Siengen: Oskar Mutter, 28 Jahre. Waldshut: Franz Joseph Bed. Oberschaffner, 57 Jahre. Säckingen: Beria Rünzi, 66 Jahre. Reichenau: Gottlieb Webelich, Kreisstrassenwart, 83 Jahre.

Großfeuer.

bl. Stodach, 10. März. Gestern Abend gegen 9 Uhr brach in dem nahegelegenen Besese Grobfeuer aus. Durch den heftigen Wind fielen dem Brande vier Wohnhäuser und zwei Scheunen zum Opfer. Die fünf Familien Bart, Gauer, Renner, Gschw. Willinger u. Schramm sind dadurch obdachlos geworden. Das lebende Inventar konnte geborgen werden, während die Fahrnisse verbrannten. Die Bewohner konnten zum Teil nur das nackte Leben retten. Die Betroffenen sind meist nur leicht verletzt. Es herrscht großer Wassermangel, weshalb dem Brande nicht wirksam begegnet werden konnte. Man vermutet Brandstiftung. Innerhalb kurzer Zeit ist dieses der zweite Brand in dem Ort.

Vollversammlung des internationalen Bodenjee-Fischerei-Verbandes.

dz. Meersburg, 10. März. Am Sonntag tagte unter dem Vorsitz des Grafen Hirschberg der Bodenjee-Fischerei-Verband in Altheim, bair. Reichshaus. Bürgermeister Dr. Doll, zugleich Vorsitzender des 160 Mitglieder starken bairischen Fischereiverbands am Bodenjee, begrüßte die Versammlung im Namen der Stadt. Graf Hirschberg gab bekannt, auf welche Weise die vom Verein zur Verfügung stehenden Mittel im Berichtsjahr 1925 verwendet worden seien: Zum Einkauf von 10 000 Mark, zum Ankauf und Verfrachtung von 200 000 Seeforelleneiern. Für das laufende Jahr wird ein ähnlicher Einkauf wieder geplant. Die bairischen Berufsfischer haben an Stelle von Beiträgen für den Verband eine neue Fischbrunnenanstalt erstellt mit 40 Brunnen. Sehr beklagt wird die Tatsache, daß der wirtschaftlich so schlecht gestellte Fischer auch noch eine besondere Lage für sein Hauptgeschäft, das Motorboot, bezahlen müsse. Es ist zu hoffen, daß diese Befreiung bald wegfällt. Nege Debatte folgte dem Antrag der Stadt Konstanz, die für den Konstanzer Fischer eine geringere Netzmengenweite für den Gangfischfang verlangt. Die Staatenkonferenz von Lindau hat erst im Herbst 1925 eine einheitliche Mäßen-

weite von 30 Millimeter für den ganzen Obersee beschlossen, und es wird nicht leicht sein, diesen Beschluß durch eine Ausnahme zu durchlöchern. Von biologischer Seite wird zwar zugegeben, daß möglicherweise die Gangfische der Konstanzer Bucht und des Untersees einer kleineren Maße angehören als die des Obersees. Für die erst jüngst allgemein zugelassene große Reuse, ein Fanggerät von gewaltigen Ausmaßen, wird einheitliche Maßeinheit verlangt. Zum Fang der Trübsche, eines gefährlichen Raubräubers, und zur Vermehrung von Hecht und Barsch werden wertvolle Anregungen gegeben.

W. Palmbach, 10. März. Einen recht günstigen Verlauf nahm die Neugründung unserer Ortsgruppe vom Badischen Frauenverein. Frau Landgerichtsdirektor Meißner wies in einem Vortrag auf die segensreiche Arbeit des weitverzweigten Badischen Frauenvereins hin und fand für ihre anregenden Ausführungen dankbare Hörer. Verschiedene Vorträge Mendelssohnischer Gesänge und Bierobstlicher Dichtung verlebten die gemeinnützige Zusammenkunft.

W. Grünwettersbach, 10. März. Am Sonntag fand hier die theoretische Prüfung der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz statt. Kolonnenarzt Dr. Bender hatte im vergangenen Winter 25 Mann Männer der Gemeinde auf diesem wichtigen Dienst herangebildet. Die Prüfungskommission konnte sämtliche Prüflinge für ihre wohltätige Arbeit als geeignet erklären. Solche Samarkurde sollten allenfalls zur Erziehung unserer jüngeren Generation durchgeführt werden.

dz. Gernert (Amt Bruchsal), 10. März. Zwischen Gernert und Odenheim stieg der 45jährige Fuhrmann Eiser aus Dertingen von seinem mit Holz beladenen Wagen, um zu bremsen. Dabei geriet er unter die Räder und erlitt an Armen und Beinen komplizierte Knochenbrüche. Der Verunglückte wurde im Auto in die Heidelberger Klinik gebracht.

dz. Reichenburg, 10. März. Gestern Abend brach in der sogenannten Kaserne in Engelsbrand Feuer aus, dem vier Wohnhäuser und drei Scheunen zum Opfer fielen. Sechs Familien sind obdachlos. Ein weiteres Wohnhaus konnte nur mit größter Mühe gerettet werden. Der Brandschaden ist, trotzdem die von ihm Betroffenen sämtlich versichert sind, noch sehr groß. Die Entstehungsurache des Feuers ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt.

dz. Landshausen (Amt Bruchsal), 10. März. Gestern Abend gegen 8 Uhr entstand im Doppelhaus der Landwirte Streckfuß und Helmle auf noch unauflärlar Weise ein Brand, der rasch um sich griff und auf das nebenan befindliche Anwesen des Landwirts Appenzeller übergriff. Die Anwesen samt den Scheunen brannten nieder. Die Fahrnisse konnten nur zum Teil gerettet werden, dagegen wurde das Vieh in Sicherheit gebracht.

bl. Mannheim, 10. März. In einem Hause der D-Quadrat wurde gestern nachmittag von einer Hausbewohnerin wahrgenommen, daß sich in den Manjarden Diebe aufhalten. Das Polizeikommando eilte mit dem Kraftwagen an den Tatort und traf dort nach 2 Minuten 20 Sekunden ein. Die Ausgänge wurden besetzt und das Haus durchsucht. In einer ausgebrochenen Mansarde fanden die Beamten einen Täter, der beim Ausräumen eines mit Kleibern gefüllten Schließfords gefasst worden war. Zwei seiner Mitäter waren bereits auf das Dach geflüchtet, von wo sie heruntergeholt wurden. Es sind 8 Schüler im Alter von 10 bis 12 Jahren. Sie hatten einiae Stunden vorher das Manjardenzimmer erbrochen, daraus

Bücher weggeschleppt und in der obersten Wohnuna versteckt. Beim zweiten Raubzug machten sie sich an Kleidungsstücke, wovon sie bereits einen Sack voll zum Forttragen bereitgestellt hatten.

dz. Grobhaschen, 10. März. Am 7. März veranstaltete die Tabakpflanzergenoossenschaft Grobhaschen eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung, zu der auch aus den Nachbargemeinden zahlreiche Pflanzler erschienen waren. Als Referent stellte die Badische Landwirtschaftskammer den Landwirtschaftsrat Meißner-Karlsruhe zur Verfügung, der in einem eingehenden Referat über die Zukunft des deutschen Tabakbaues alles Wissenswerte vortrug. In der Ansprache wurde die Notlage der badischen Tabakpflanzler betont und allgemein bedauert, daß die badische Regierung die zuerst in Aussicht gestellte Kreditaktion doch nicht verwirklicht habe.

dz. Heidelberg, 10. März. Der Neckar fällt langsam. Heute vormittag setzte der Pegel 2,62 Meter. Die Schifffahrt ist wieder aufgenommen worden.

dz. Medesheim (Amt Heidelberg), 10. März. Vor einigen Tagen hielt hier der Verein ehemaliger Landwirtschaftsschüler Medesheim eine gut besuchte landwirtschaftliche Versammlung ab, in der Landwirtschaftsrat Meißner-Karlsruhe, Vorstand der Abteilung Pflanzenbau der Badischen Landwirtschaftskammer, über das Thema sprach: „Die Stellung des Hadfruchtbaues im landwirtschaftlichen Betrieb“. Der Redner betonte besonders, daß die Landwirtschaft heute wieder zur Qualitätserzeugung zurückkehren müsse und gerade beim Kartoffelbau die Qualität den Ausschlag für Absatz und Verwendung abgebe. Für die Versorgung der Städte komme in erster Linie hier eine gelbblühige, gelbblühige, wohl-schmeckende Speisefartoffel in Betracht. Er sprach sich gleichfalls für eine Ausdehnung des Zuderrübenbaues aus, da dadurch nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch dem landwirtschaftlichen Betriebe selbst Vorteile erwachsen. Besondere Bedeutung komme den neuzeitlichen Anbau- und Düngungsmethoden im Hadfruchtbaue zu, um gute Erträge zu erreichen. In der Ansprache betonte Verwalter Moser-Langenzell ebenfalls nachdrücklich die Bedeutung des Hadfruchtbaues für jeden landwirtschaftlichen Betrieb. Beide Vorträge ernteten starken Beifall.

dz. Hohenstadt bei Adelsheim, 10. März. Zum 150. Male feiert sich der Tag, an dem unter ganzem Brande eingekerkert wurde.

a. Weinheim, 10. März. Im Hause Amtsgasse 8 entstand ein Dachstuhlbrand aus unauflärlar Ursache. Der Hausbesitzer Karl Wittermann wurde bei den Löscharbeiten von einem Dachstuhl am Kopf getroffen und so schwer verletzt, daß er ins städtische Krankenhaus überführt werden mußte. Der Brand wurde in kurzer Zeit gelöscht. Ein Feuerwehrmann erlitt eine Rauchvergiftung.

bl. Weinheim, 10. März. Beim Sommertagsspiel am Sonntag Lätare, den 14. März, wird das Sommermusikomitee des Gemeinnützigen Vereins der Weisen des Pilscherhauses und den Kindern der Erwerbslosen die Sommerausstecken und Drechsel unentgeltlich liefern, um auch den ärmsten Kindern die Teilnahme am Festtage zu ermöglichen.

dz. Wertheim, 10. März. Am Montag nachmittag kam in der Werkstat des Schmiedemeisters Hiller ein autogener Schweißapparat zur Explosion. Menschenleben kamen dabei nicht zu Schaden. Dagegen wurden durch den Luftdruck die Fenster Scheiben der Werkstat und die große Schanfenfenster des der Werkstat ge-

genügerliegenden Ladens des Kaufmanns Schönleber zertrübert.

dz. Mithelm, (Bezirk Waldbrunn), 10. März. Am Montag früh brach in der Scheune des Landwirts Otto Müller Feuer aus, das drei Scheunen, darunter eine Doppelscheune, einscherte und nur unter großen Anstrengungen am Weiterausbreiten verhindert werden konnte. Der Schaden ist sehr bedeutend. Die Geschädigten sind außer Otto Müller: Josef Weber, Lorenz Müller und Josef Mechler. Beim Einreißen der Gebäulichkeiten kam der Arbeiter Karl Stahl einer elektrischen Leitung zu nahe und wurde betäubt, erholte sich aber bald wieder. Tiere sind nicht zu Schaden gekommen.

bl. Neckarzimmern bei Mosbach, 10. März. Vor einigen Tagen senkte sich plötzlich ein Teil des Hornbergs und rutschte samt den Bäumen in das darunter befindliche Gipswerk. Der dadurch im Bergwerk entstandene Luftdruck war so groß, daß er darin stehende Maschinen fort-schob und aus der Stollenöffnung mächtige Massen Gipsstaubes bis über den Neckar hinüberblies. Menschenleben sind dabei glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Schon seit Jahren war auf dem Hornberg kurz oberhalb der Grabschelle ein sich alljährlich vertiefender und verbreiternder Spalt bemerkbar geworden.

dz. Pforzheim, 10. März. Am Samstag fand hier in der Handelskammer eine Fahrplanbesprechung zwischen Vertretern der Reichsbahndirektion Karlsruhe und den hiesigen Verkehrsinteressenten statt. Eine Reihe wichtiger Verbesserungen ist für den kommenden Sommerfahrplan in Aussicht genommen, u. a. Vermehrung der durchfahrenden Züge zwischen Karlsruhe und Stuttgart, Durchführung des bisher um 9 Uhr vormittags nach Karlsruhe abgehenden beschleunigten Personenzuges schon ab Stuttgart, ferner Durchführung des Spätzuges von Karlsruhe (am Pforzheim 11.30 Uhr) an Sonntag und Festtagen bis Mühlacker, Vermehrung der direkten Züge, Verbesserungen im Verkehr von und nach der Pfalz, darunter ein sehr gutes neues Sitzgüßpaar nach und von Köln u. a. m.

bl. Baden-Baden, 10. März. Das bekannte und wunderbar gelegene Hotel Schirmhof ist zu einem Kaufpreis von 190 000 Mark von den deutschen Postorganisationen als Erholungsheim für Beamte erworben worden.

dz. Offenburg, 10. März. Der Bürgerausschuß hat seine Zustimmung dazu erteilt, daß 150 Ar städtisches Gelände an den Kavallerierorden verkauft werden. Es wurde dabei bekannt gegeben, daß der Orden später seine Zentrale nach Offenburg verlegen wolle. Weiter wurde mitgeteilt, daß von den beantragten 480 000 Mark Auslandsanleihe der Stadt nur 60 000 Mark angeteilt worden seien, die nunmehr zur Verbesserung des Gasrohrnetzes Verwendung finden sollen. Das jetzige Rohrnetz bringt der Stadt einen Verlust von 20 Prozent. Schließlich erklärte sich der Bürgerausschuß damit einverstanden, daß für die Verstellung von Kleinwohnungen 50 000 Mark ausgeworfen werden. Es sollen zehn

Salit



Für alle rheumatisch Veranlagten Salit-Essenz, als Ersatz, Bestandteil 50% Salit pur., Salit-Creme 250% Salit pur. = 100% Saltsäurebrennstoffe. In allen Apotheken: St. zu 1,50 M., Doppelt 2,50 M., Salit-Creme Tube 1.-M.

Regenmäntel
in großer Auswahl bei billigsten Preisen
von Mk. 19.75 an
Rud. Hugo Dietrich
Ecke Kaiser- und Herrenstraße.

BERUFS-KLEIDUNG
ALLER ART

Herren-Anzüge	Haue Arbeitsanzüge
Sport-Anzüge	graue Drillanzüge
Windjaden	Gipsanzüge
Bojener Mäntel	Fuhrmannsbilfen
Breeches-Hosen	Kochjaden
feldgraue Hosen	Rejgerjaden
Sonntags-Hosen	Lagermäntel
Manchester-Hosen	Laboratoriumsmäntel
engl. Leder-Hosen	Malerkutten
Zwirn-Hosen	Eschermäntel
Kodenjoppen	Eisenbahnerkutten

sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
offertiert billigst

Schröder & Fränkel
Karlsruhe
Kaiserstraße 211
Fernruf 628
Feine Herren-Schneiderei
Tuchhandlung.

TUFUMA-BATSCHARI

HEISST:
Du rauche BATSCHARI

Die Preiswürdigkeit und Qualität der Mischung, die Bekömmlichkeit der „TUFUMA“ hat den Erfolg gezeitigt, daß alle Leute sagen:

Ich rauche TUFUMA

„TUFUMA“ ist durch ihre delikate Mischung bereits ein Begriff für die Leistungsfähigkeit des Namens „BATSCHARI“ geworden.

TUFUMA 6PF.

A. BATSCHARI
CIGARETTENFABRIK A.G. BADEN-BADEN

Panik an der Newyorker Börse.

Seit Wochen schon hat auf dem amerikanischen Markt eine Preisbewegung eingesetzt, die allmählich auf den Warenmärkten zum Kurssturz wurde. Die Bewegung griff auch auf die Effektenmärkte über und entzündete sich Ende Februar zu einer Katastrophe, wie sie Amerika lange nicht mehr erlebt hatte. In der Nacht vom 1. zum 2. März, als namentlich aus den Weststaaten immer größere Verkaufsanträge um jeden Preis in Newyork einliefen, setzte Panik ein. Der Berichterstatter der Wiener „Neuen Freien Presse“ gibt seinem Blatt eine interessante Schilderung der Paniklage an der Newyorker Börse. Er schreibt:

Die Effektenmaler der großen Banken hielten seit Sonntag früh einen Permanenzdienst und in einer Konferenz, die am Montag um 8 Uhr früh abgehalten wurde, konnte noch eine Übereinstimmung erzielt werden, bis zu einem gewissen Standard die Kurse zu halten. Allein noch während der Montagsschließung brachen Schwere Kursstürze herein, die namentlich durch Chicago und San Francisco ausgelöst wurden, da von diesen Plätzen in rascher Folge ganz kolossale Verkaufsbefehle einliefen.

Die Kurse kamen nun unaufhaltsam ins Gleiten und in einer kurzen Konferenz der Mäcker am Montag mittags, die Knapp zehn Minuten währte, wurde man einig, eine ganze Anzahl von Papieren fallen zu lassen, die sogenannte dritte und vierte Garnitur, die nicht offiziell fundiert ist. Montag abend war es bereits klar, daß

die Situation in eine Katastrophe umschlagen

musste. In der Nacht von Montag auf Dienstag stand die Menschenmenge in der engen Wallstreet dicht gedrängt wie eine Mauer, auf dem nahe gelegenen Platz der Trinity-Church, wo einige hundert Autos warteten,

übernachteten viele Bankiers in ihren Wagen.

tausende Menschen schliefen auf improvisierten Bänken im Freien, für die zwanzig bis dreißig Dollar bezahlt wurden, ein höherer Preis als für ein Appartement in einem erstklassigen Hotel. Niemand wollte von der Stelle weichen, denn tatsächlich würde die folgende Börse im Freien die ganze Nacht, und wie glaubwürdig mitgeteilt wird, wurden hierbei mehr als 200 000 Effekten umgelegt.

Die Börseröffnung am Dienstag vollzog sich bereits im Zeichen einer ausgeprochenen Panik. Bläß und übermäßig nahmen die Mäcker ihre Plätze ein, Leute, die bereits seit Tagen den Augen geschlossen und Tag und Nacht in feuchter Tätigkeit angespannt waren. Raum war das offizielle Zeichen zum Börsenbeginn gegeben worden, als der Tumult losbrach, man schrie, tobte, rief Zahlen in die Luft, in wenigen Minuten waren ganze Vermögen zerstört.

Niemand, der zu Wallstreet in näherer Beziehung steht, hatte die letzten drei Nächte geschlafen; noch am Dienstag morgen waren Gerüchte aufgetaucht, daß sich eine große Interventionsgruppe gebildet habe, allein bereits die ersten Notierungen erwiesen, daß der große Sturz unvermeidlich war. Wohl gaben die ersten Notierungen nur ängstlich nach und die großen Stabs-, Elektrizitäts- und Automobilaktien hatten durchschnittlich nur Einbußen bis zu 20 Prozent zu verzeichnen, aber zahllose schwächere Papiere und gerade solche, in denen die Privatpekulation am meisten engagiert war, wurden von Stürmen fortgerissen und sanken rapid bis auf die Hälfte oder ein Drittel ihres Wertes. Später wurden auch die sogenannten „eisernen“ Stöck in Mitleiden-

schaft gezogen und auch die erstklassigen Effekten mußten sich Abstriche bis zu 30 Prozent gefallen lassen.

Auf der engen Wallstreet draußen standen Kopf an Kopf gedrängt tausende Menschen, ihr Geschrei war so stark, daß es bis auf die Hauptavenue hinaus gehört wurde, auf dem Trinity-Square waren

alle Bänke zu liegenden Börsenkontors geworden. Aber auch in den zahlreichen Lunchrooms und Coffeehops der Umgebung wurde überall gehandelt, geseifelt und noch in letzter Minute suchte man ganze Pakete von Effekten zu geben. Zweifellos haben dabei viele kleine Mäcker, die eine günstige Situation mitterten, in dem allgemeinen Tumult gute Geschäfte gemacht.

Um halb 12 Uhr mittags glück die Börsehalle bereits einem

Tummelplatz von ausgesprochenen Nervenkranken.

Das Lärmen und Tosen nahm kein Ende, man schrie aneinander vorbei, Kurse, die in die Welt gefabelt wurden, waren im Moment ihrer Abgabe schon nicht mehr richtig, das ansprechende Wort war schon durch neue Vorfälle entwertet. Zwei Mäcker aus Newyork wurden infolge der Nervenerregung der letzten Tage mitten in der Saale tobißig und mußten sofort in eine Klinik geschafft werden. In Newyork und den anderen großen Städten wurden von den großen Tageszeitungen von Stunde zu Stunde Extrazusätze verbreitet und die letzten Situationsberichte bekanntgegeben. Es gibt heute in den großen Städten der Union nur sehr wenige Leute, die nicht an Papieren irgendwelcher Art interessiert wären, von den großen Kapitalisten und Unternehmern herab bis zum bescheidenen Tischler und Aufwärter im Restaurant besitzt alles Schicksal aller irdischen Sorten und oft der zweifelhaftesten „Gründungen“, die mit allerlei phantastischen Projekten Anseher zu fesseln wußten.

Bereits am Dienstag abend war es klar, daß die Verluste in den letzten 24 Stunden

in viele hunderte Millionen Dollar

gingen, waren doch in zwei Vormittagsstunden allein Beträge in den Abgang gerissen worden, die dem Gesamtvermögen der außerordentlichen Remunerationen gleichkamen, die zu den heurigen „Dollarwahnwachen“ an die Angestellten verteilt worden waren.

Der Kurssturz muß als eine der ersten Auswirkungen der Ueberbevorratung in den Vereinigten Staaten aufgefaßt werden. Es ist ein Wellental, das auf den ungeheuren Wellenberg der letzten Jahre gefolgt ist. Die Produktion hat ein solches Uebermaß erreicht, daß sie auf normalem Wege und im eigenen Lande nur mehr mit den größten Schwierigkeiten untergebracht werden kann. Nichts ist markanter für die gegenwärtige Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten als die Tatsache, daß fast alle Kaufleute zum Verkauf auf lange Frist gezwungen haben, um für die Ueberproduktion einen Absatz finden zu können.

Die Konsumenten sind mit Ware überflutet

und meist nur dann neuen Käufen zugänglich, wenn ihnen die Ware gegen Abzahlung auf Raten zur Verfügung gestellt wird. Selbst die Autoindustrie, welche vielleicht als einzige Industrie der Vereinigten Staaten infolge der Serienfabrikation billiger produziert als die europäischen Autoindustrien, genährt ihren Abnehmern Kredit auf ein bis zwei Jahre. Fast jede Branche hat ihre eigene Kreditorganisation. Der Fabrikant oder Lieferant erhält von dem

Besteller eine erste Rate als Anzahlung, den Restbetrag von der Kreditorganisation, die ihrerseits die Einziehung der Restforderung übernimmt. Diefelbe Art wird für Traktoren und Personenautomobile, für Möbel und andere Einrichtungsgegenstände, für Bekleidungsgegenstände und für Häuser angewendet. Ja, diese Art der Kreditorganisation soll in jüngster Zeit auch für Lieferungen nach dem europäischen Markt ausgedehnt werden, da man in vielen Kreisen die Ueberfüllung des amerikanischen Marktes erkannt hat.

Der Kampf um die Verbrennung einer Leiche.

Ein merkwürdiger Prozeß spielte sich kürzlich vor dem Bezirksgericht Favoriten in Wien ab. Es handelte sich um Zwischenfälle bei einem Leichenbegängnis, die darauf zurückzuführen waren, daß ein Teil der Angehörigen den Leichnam im Krematorium den Flammen übergeben wollte, während der andere für die Beerdigung war.

Frau Sweilik, die Klägerin, erklärte: „Der Richter, ich war zwar von meinem Mann geschieden, aber während seiner Krankheit habe ich ihn treu gepflegt. Kurz vor seinem Tode hat er mir einmal gesagt: Marie, ich war mein Leben lang ein Christ, ich möchte auch als Christ begraben werden. Deshalb bin ich auch zu einer Leichenbestattungsunternehmung gegangen und habe dort eine christliche Leiche bestellt.“

Nach der Darstellung der Klägerin spielte sich nun folgendes ab: Der Sarg wurde in die Leichenhalle des Zentralfriedhofes gebracht und dort aufgebahrt. Alle Verwandten und eine große Schar von Bekannten waren versammelt und der Priester in vollem Ornat wollte gerade die Einsegnung der Leiche vornehmen, als die Feier auf unerwartete Weise gestört wurde. Eine Anzahl von Verwandten des Verstorbenen waren mit seiner Beerdigung auf dem Friedhof nicht einverstanden und stürzten in die Halle. Sie wollten nämlich den Toten in das Krematorium bringen und ihn dort verbrennen lassen, während sich andere Angehörige dem Vorhaben widersetzen. Es entstand ein großer Lärm, der schließlich logar

in ein Handgemenge ausartete.

Die eine Partei packte den Sarg an einem Ende, um ihn fortzutragen, die andere hielt das andere Ende fest. Der Tot wurde so hin- und hergezogen und die übrigen tritten unterdessen miteinander. Dabei soll der Schwiegervater des Verstorbenen der Klägerin zugerufen haben, sie hätte über die Leiche nicht zu bestimmen, denn sie sei von ihrem Manne geschieden. Die Frau antwortete: „Wenn ich schon nicht die Gattin bin, so doch zumindest die Mutter meines Kindes.“ Darauf habe der Beschuldigte ihr zugerufen: „Wer weiß, von wem das Kind ist, von ihm sicher nicht. Du hast den Mann umgebracht!“

Der Krieg um den Toten endete schließlich mit einem Sieg der Anhänger der Kirche. Die Leiche wurde nicht verbrannt, sondern beerdigt. Marie Sweilik aber erachtete sich durch die gefallenen Maßstäbe in ihrer Ehre schwer beleidigt und brachte die Ehrenbeleidigungsklage gegen ihren Schwiegervater ein. Eine Anklage wegen Religionsstörung wurde nicht erhoben, weil, wie aus der Verhandlung hervorgeht, die Frage ungeklärt blieb, ob die Leichenhalle als ein geweihter Ort anzusehen sei.

Der Beschuldigte erklärte in seiner Verantwortung, daß der Verstorbene der Buchdrucker-Gesellschaft angehört und vor seinem Tode wiederholt den Wunsch äußerte, im Krematorium verbrannt zu werden. Vergeblich habe er die Säkularisierung der Beerdigung verlangt, schon deshalb, weil die Buchdrucker-Gesellschaft schon die Kosten für die Verbrennung ausgelagt hatte.

Der Richter vernahm eine Reihe von Zeugen, die ausgingen, daß es bei der Leichenfeier sehr müßig zugegangen sei. Die inkriminierten Anschuldigungen habe jedoch der Beschuldigte nicht ge-

macht. Schließlich wurde als Kronzeuge der Priester vorgelesen, der die Einsegnung vornehmen sollte.

Richter: Also wie haben sich die Dinge abgespielt, Hochwürden?

Zeuge: Für mich war es sehr peinlich. Ich war in vollem Ornat und gerade im Begriffe, die Leiche einzusetzen, als wir gestört wurden. Die einen verlangten stürmisch die Verbrennung, die anderen die Beerdigung des Toten. Ich habe angeht die Sachlage die Einsegnung nicht vornehmen wollen, da ja der würdige Verlauf der Feier gestört war und außerdem eine Religionsstörung zu befürchten stand.

Klagensretter Dr. Traxler: Sagen Sie, Hochwürden, unterliegt eine Leichenhalle nicht ebenso wie eine Kirche dem Schutze des Strafrechts? Ich möchte in diesem Falle die Abtreibung nach § 203 St.G. verlangen.

Der Richter: Das hängt davon ab, ob die Leichenhalle ebenso wie die Kirche geweiht ist oder nicht.

Der Richter vertagte schließlich die Verhandlung zur Durchführung weiterer Beweise.

Furchtbarer Tod in einem Sägewerk.

In dem Sägewerk des Besitzers Gerle in Hammerstein in der Westmark wurde der Sohn des Besitzers vollständig zerstört in den Sägespänen vorgefunden. Wahrscheinlich wurde er von der Transmission erfasst und durch die Maschine angetrieben.

Großfeuer in einer Pappfabrik. Vier Menschen verbrannt.

In Troitzberg (Oberbayern) brach am Samstag im Trockenraum der Negerischen Pappfabrik ein Feuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Es hat das ganze Trocknergebäude erfasst und fand in den dort gelagerten 2000 Fässern Pappes reiche Nahrung. Insgesamt fielen dem Brande vier Menschen zum Opfer. Aus den Trümmern konnte bisher nur die völlig verkohlte Leiche einer Frau ausgegraben werden.

Typhus in Pommern. Die Zahl der Typhuskranken in Steffin beträgt gegenwärtig 25. Die Behörden haben alle Maßnahmen gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit getroffen und u. a. eine scharfe Kontrolle der Milchzufuhr angeordnet. Bis her sind zwei Todesfälle zu verzeichnen. In Kolberna, wo schon fast seit mehreren Wochen ein Typhusepidemie herrscht, ist die Zahl der Krankheitsfälle auf 70 gestiegen. Vier Personen sind bis jetzt an Typhus gestorben.

Ruhrerkrankungen in Frankfurt. In einem Versorgungsheim in der Richard-Wagnerstraße ist unter den Insassen eine epidemische Darmerkrankung ausgebrochen. In ganzen sind zehn Personen erkrankt, die nach der Infektionsabteilung des Städt. Krankenhauses in Sachhausen verbracht wurden. Bei dreien wurde positiv Ruhr festgestellt. Bis her sind zwei Fälle tödlich verlaufen.

Großfeuer. In der vergangenen Nacht brach in Himmelsburg in Pommern im Scheunenviertel Feuer aus, das zwölf Scheunen einscherte und große nichtversicherte Vorräte in Heu und Stroh, 1200 Zentner Getreide und landwirtschaftliche Maschinen vernichtete.

Aus Langeweile erhängt. In Coma hat sich ein Millionär aus Langeweile erhängt. In den Taschen seines Ueberziehers fand man ganze Pakete von Banknoten und einen Brief, in dem es heißt: „Ich nahm mir das Leben, weil ich die Langeweile und die Einsamkeit nicht länger ertragen kann.“

Schredensstat eines Unteroffiziers. Der „Berl. Sozialanzeiger“ meldet aus Brüssel: In der Trunkenheit tödete am letzten Sonntag abend ein Unteroffizier nach Streitigkeiten mit seiner Frau diese und sein zweijähriges Kind. Darauf entliebe sich der Mörder.

Stammholz-Versteigerung.
Die Gemeinde Untermisselbach verleiht am Montag, den 15. März d. J., mit Versteigerung im Gemeindefeld 1200 qm ihrem Gemeindefeld 1200 qm. Zusammenkunft nachmittags 1 Uhr beim Rathaus.
Untermisselbach, den 8. März 1926.
Der Gemeinderat.
Herrn Bürgermeister.
Konstantin Rathsch.

Langholz-Versteigerung
Die Gemeinde Schöllbrunn (Amt Stillingen) verleiht in ihrem Gemeindefeld nachfolgende Holzsortimente:
Am Montag, den 15. März 1926
1074 Bauhölzer L. 1488 II. Klasse.
1075 Bauhölzer L. 803 III. 759 III. und 746 IV. Klasse.
1076 Bauhölzer L. 844 II. Klasse.
1077 Bauhölzer L. 844 II. Klasse.
Am Dienstag, den 16. März 1926
276 Stück Tannen und Fichten von 1.17 fm. abwärts.
Am Mittwoch, den 17. März 1926
81 Stämme von 2.07 Meter abwärts
154 Bau- und Wagner-Eichen v. 1.18 fm. abwärts.
Zusammenkunft jeweils vormittags 9 Uhr beim Rathaus. Zuschläge werden nur auf Verlangen von den Submittenten gefertigt.
Schöllbrunn, den 9. März 1926.
Gemeinderat
Reinmaier
Sauginger

Dünger-Versteigerung.
Am Dienstag, den 16. März 1926, vormittags 9 Uhr, wird der Wintermattendünger aus den Stallungen der Bad. Holzerei auf dem Hofe der Herrn Artillerie-Rakete, Wolfstraße 18, meistbietend, gegen Barzahlung, öffentlich versteigert.
Karlsruhe, den 10. März 1926.
Badische Volkshilfe.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Bruders, Großvaters, Onkels und Schwagers
Herrn Carl Roth
Drogist
sprechen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank aus.
Karlsruhe, März 1926.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Letterers Bauernbrot
Letterers Kommisbrot
vereint alle Vorzüge eines guten, schmackhaften Brotes. Ein Versuch überzeugt.
Erhältlich in vielen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften in Karlsruhe und Vororten.
Fabrikation von
Drahtgeflechten
Gewebe, Siebe für alle Zwecke, sowie alle einschlägigen Artikel
Groß- u. Kleinverkauf N. JÄGER,
Telef. 3297 Brauerstraße 21 Telef. 3297

Statt jeder besonderen Anzeige.
Heute mittags, 1/12 Uhr, wurde meine liebe Frau, unsere gute, trauernde Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Tante
Frau Marie Kleinhans
geb. Obermann
durch Heimberufung ins bessere Jenseits von ihrem langen, qualvollen Leiden erlöst.
Karlsruhe, den 10. März 1926.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Freitag, 12. März, nachm. 1/2 3 Uhr

Sagten Sie:
Abgespannt, alt und müde?
„Der Kruschen-Mann“ ist nie müde, sondern stets voller Energie, Lebensfreude und Schaffenslust. Er fühlt sich frisch, munter und jung, er verweilt gern unter den Jüngsten. — Warum sollten Sie sich mit allen möglichen Sachen herumplagen, weshalb für spätere Tage **Rheumatismus, Gicht, Ischias** befürchten, wenn **Kruschen-Salz** die **Ablagerungen** und **Schlacken** in Ihrem Körper zu verhindern vermag, die die Ursache von Müdigkeit, zu früh auftretenden Alterserscheinungen, allgemeiner Mattigkeit, Abgespanntheit, Schlaflosigkeit, Geiztheit und Nervosität sind?! Nehmen Sie **Kruschen-Salz** jeden Morgen, daserhält Ihre **Gesundheit**, daserweckt Ihre **Lebenslust** und die **Freude am Dasein!**
In Apotheken und Drogerien M. 3.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend
BEUTHEN & SCHULTZ G.M.B.H., BERLIN N 39, PANKSTRASSE 13 — 14
Auslieferungslager für Baden und Pfalz:
Paul Rech, Mannheim, Lortzingstr. 9, Fernruf 9299.

Die Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche in Baden

Am 6. August 1924 hat der Badische Landtag die Regierung ersucht, ihm eine Denkschrift vorzulegen, die eine Gesamtdarstellung gibt über die geschichtliche Entwicklung der Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche in Baden, insbesondere die Frage der Dotation der Kirchen, die Rechtsstellung des katholischen Oberkirchenrates und des evangelischen Oberkirchenrates zu Staat und Kirche. Diefem Auftrag entsprechend haben die Herren Ministerialrat Dr. Huber und Regierungsrat Dr. Hasl vom Ministerium des Kultus und Unterrichtes die gewünschte Denkschrift ausgearbeitet, die nunmehr erschienen ist und 56 Druckseiten umfaßt. Es handelt sich um eine außerordentlich interessante Schilderung und Klarstellung der Rechtsverhältnisse von Beginn des vorigen Jahrhunderts an, die ein gründliches Studium erheischt, um den derzeitigen Rechtszustand richtig würdigen zu können.

Die Denkschrift greift zurück auf den Reichsdeputationshauptschlus vom 27. April 1803,

wodurch alle reichsunmittelbaren Güter der katholischen Kirche in Deutschland säkularisiert und die Befugnis zur Säkularisation der mittelbaren Stifte, Abteien und Klöster der freien Disposition der weltlichen Landesherren anheimgegeben. Mit dem Uebergang dieser Vermögensgegenstände vollzog sich aber auch der Uebergang der auf denselben ruhenden Lasten. Dieser Grundbesitz wird in § 77 des N.D.Sch. anerkannt und in Entscheidungen des badischen Oberlandesgerichts vom 23. März 1899, sowie des Reichsgerichts vom 22. Nov. 1920 bekräftigt. In Vollzug des N.D.Sch. ferner im Prebendurigen Frieden und infolge der Rheinbundakte erhielt der badische Staat einen erheblichen Länder- und Menschenzuwachs, der eine weitgehende Neuordnung der Rechtsverhältnisse notwendig machte, die im wesentlichen mit dem Organisationsreskript vom 26. Nov. 1809 ihren Abschluß fand und die Kirche in eine der Staatsregierung völlig untergeordnete Stellung brachte.

Nachdem im Jahre 1817 zwischen Bayern und dem Päpstlichen Stuhl ein Konkordat zustande gekommen war, entschlossen sich die übrigen süddeutschen Regierungen mit einigen kleineren norddeutschen Staaten, die kirchlichen Verhältnisse ihrer Länder durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Römischen Stuhl zu ordnen. Die Ergebnisse der Beratung wurden als „Grundzüge zu einer Vereinbarung über die Verhältnisse der katholischen Kirche in den deutschen Bundesstaaten“ zusammengestellt und ein Auszug unter der Benennung

„Declaration“

dem hl. Stuhl vorgelegt. Diese Declaration bestimmte unter Ziffer 8 folgendes: „Die Landesherren werden den Bistümern und Domkapiteln, sowie den Seminarien Dotationen zuweisen und zwar in Fonds und unbeweglichen Gütern; und es soll nicht ausreichen, daß der Kirche ständige und hinlänglich gesicherte Einkünfte angewiesen werden, diese Dotationen sollen von dem Staatsante (Domänen) ansgeschieden, auf die Kirche überschrieben, der Geistlichkeit übergeben und von ihr unter Aufsicht des Bischofs verwaltet werden; die Güter und Einkünfte hingegen, welche zu einzelnen Benefizien gehören, sollen von den Inhabern dieser verwaltet werden.“

Das jährliche Einkommen soll folgendermaßen bestimmt werden: Für das Bistum im Großherzogtum Baden: Dem Bischof 12 000 fl.; dem Dekan und Generalvikar 4000 fl.; jedem der sechs Canoniker 1800 fl.; jedem der sechs Kaplaner 900 fl. In jeder dieser

Individuen in jeder Diözese eine ihrem Range angemessene Wohnung. Zu dieser ständigen und bleibenden Dotation werden noch die Besoldungen und notwendigen Ausgaben für das Kanzleipersonal und die notwendigen bischöflichen Bediensteten, sowie für die allgemeinen Verwaltungskosten hinzugefügt. Endlich soll auch für diejenigen Geistlichen gesorgt werden, die durch Alter oder Krankheit zur Verfehuna ihrer Stellen untauglich geworden sind.“

Im Staatsvertrag vom 7. Oktober 1818

wurden die festgestellten „Grundzüge“ fast von allen beteiligten Staaten angenommen. Am 16. August 1821 erließ der Papst die Bulle „Provida solersque“ über die Bildung der

Oberrheinischen Kirchenprovinz mit dem Sitz des Erzbischofs in Freiburg. Schwierigkeiten machte die Besetzung der Bistümer. Die Verhandlungen verzögerten sich und ruhten eine Zeit lang, bis sie durch das Eingreifen des Großherzogs Ludwig von Baden wieder aufgenommen wurden und zum Erlaß der Bulle Ad Dominici gregis custodiam vom 11. April 1827 führten.

Am 16. Oktober 1827 erließ der Großherzog die Fundationsurkunde des Landesbistums, welche eine Ergänzung und Vervollständigung der Dotationsurkunde vom 23. Dez. 1820 und weiterhin Bestimmungen über die Bischofswahl, die Besetzung des Domkapitels und des Seminars enthält.

Das Lehrerbildungsgesetz in zweiter Lesung.

Nachdem gestern die Fraktionen des Landtags noch einmal zum Lehrerbildungsgesetz Stellung genommen hatten, trat der Haushaltsausschuß am Mittwoch in die zweite Lesung des Gesetzentwurfes ein. In der Einzelberatung begründete der demokratische Redner nochmals den Antrag seiner Fraktionen auf Hochschulbildung und erklärte zur Frage der Simultanität, daß die angeblich konfessionellen Seminare de facto nicht mehr konfessionell gewesen seien.

Der Unterrichtsminister verwies auf eine Forderung der Beamten der mittleren Verwaltung vom vorigen Jahre, die, wie die Lehrer, Mütter und Hochschulbildung gefordert hätten.

Ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei war der Meinung, daß konsequenterweise im Jahre 1876 auch die Simultanisierung der Lehrerbildungsanstalten hätte stattfinden müssen. Die später neu errichteten Seminare seien nicht rein konfessionell gewesen. Man könne deshalb sagen, daß wir de iure und de facto simultane Anstalten hätten. Die Deutsche Volkspartei werde sich mit ihrer Auffassung von der simultanen Behaltung der Lehrerbildungsanstalten nicht gegen den Religionsunterricht

und werde jedem Versuche, diesen als ordentliches Lehrfach aus dem Schulunterricht herauszudrängen entschieden entgegenzutreten. Der Antrag entspringe seiner Kulturkampfstimmung; da mit dem Gesetz die Lehrerbildung auf einen ganz neuen Boden gestellt werde, so wolle man mit dem Antrag nur Klarheit schaffen. Der Redner weist auf die Erklärung der preussischen Bischöfe hin, wonach Baltungen der simultanen Pädagogien die Lehrerbildung für den Religionsunterricht nicht erhalten können. Redner wirft die Frage auf, ob eine ähnliche Gefahr nicht auch für Baden bestehe.

Zentrum und Sozialdemokratie stellten ihren in der ersten Lesung eingebrachten Standpunkt heute aufrecht; der Sprecher der letzteren Partei erklärte, daß er von seiner früheren Erklärung nichts zurücknehmen könne. Der Unterrichtsminister betonte, daß er eigenhändig in den Entwurf in der Begründung den Satz über die konfessionellen Lehrerbildungsanstalten eingeklopft habe. Wenn von volksparteilicher Seite darauf hingewiesen worden sei, daß dieser Satz später als Material zur Auslegung des Gesetzes verwendet werden könnte, dann müsse auch seine Erklärung, daß er am bestehenden Zustand nichts ändern wolle, ebenso als Material verwendet werden, wenn sie im Bericht des Berichterstatters niedergelegt werde.

Dann begründete ein volksparteilicher Redner den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag, wonach die in § 44 Absatz 1 der Regierungsvorlage vorgesehene Heim für Studierende auch Schüler der zwei obersten Klassen der höheren Schule zugänglich gemacht werden sollen, wenn die Erziehungsberechtigten erklären, daß die Schüler sich nach bestandener Reife-

prüfung dem Lehrerberufe widmen sollen. Dadurch solle die Mischheit geschaffen werden, daß auch Schüler der siebenklassigen Landschulen ohne erhebliche Kosten zum Erwerb des Abiturs die beiden Primen einer Vollanstalt besuchen könnten.

Ein Redner des Zentrums war der Ansicht, daß dem an sich sympothischen Antrage wohl im Wege der Verwaltung entprochen werden könne, daß er sich aber nicht zur Aufnahme ins Gesetz eigne.

Die Bürgerliche Vereinigung wandte sich gegen den volksparteilichen Antrag.

In der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag der Demokraten zu § 44 Satz 1 mit der Forderung des Hochschulstudiums mit 16 gegen 4 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Mit 12 gegen 5 Stimmen bei 4 Enthaltungen lehnte der Ausschuss den volksparteilich-demokratischen

Antrag auf grundsätzliche Simultanität

der Lehrerbildungsanstalten ab. § 44 Absatz 1 Satz 1 der Regierungsvorlage, wonach die Volksschullehrer ihre Ausbildung in einem zweijährigen erziehungswissenschaftlichen Lehrgang an Lehrerbildungsanstalten, in denen der Unterricht wenigstens teilweise, erhalten sollen, fand mit 17 gegen 8 Stimmen bei einer Enthaltung Annahme.

Einstimmig angenommen wurde Satz 2 der Regierungsvorlage, der die Errichtung von Seminaren vorsieht.

Der Haushaltsausschuß vertagte die Weiterberatung auf morgen vormittag 9 Uhr.

Eine Entschließung der badischen Lehrer und Lehrerinnen.

Der Vorstand des Badischen Lehrervereins und des Vereins badischer Lehrerinnen haben sich an die Fraktionen des Badischen Landtags gewandt mit folgender Entschließung:

Mit größter Sorge haben der Badische Lehrerverein und der Verein badischer Lehrerinnen den Gang der Verhandlungen im Haushaltsausschuß über den Gesetzentwurf, die Neuordnung der Lehrerbildung betreffend, verfolgt. Das Abstimmungsergebnis der ersten Lesung fordert den Widerspruch der gesamten Lehrerschaft heraus. Wir verwahren uns dagegen, daß die Vorbildungsfrage in der im Entwurf vorgesehenen und in der ersten Lesung aufgegebenen Form gelöst wird; Der Zugang zur Lehrerbildung würde danach in der Regel mit Primareife und über den vorgesehenen völkisch-ungläubigen Vorkurs erfolgen. Eine solche Reife im Sinne des Abiturs wird dadurch verhindert.

Das gegebene Verprechen „heraus aus der Hölle!“ wird nicht eingelöst. Die freie, ungehinderte Berufsausübung, wie sie den Abiturienten für

alle geistigen Berufe offensteht, wird unterbunden. Die dringend notwendige und demnach geforderte Verbesserung des Eintritts in den selbständigen, verantwortlichen Erzieherberuf auf ein reiferes Lebensalter wird verhindert.

Wir verwahren uns dagegen, daß der theoretische und wissenschaftliche Teil der Berufsbildung trotz der in Baden besonders günstigen Verhältnisse (drei Hochschulen) nicht an die Hochschulen verlegt wird. Die Vermischung von Allgemeinbildung und Berufsbildung wird nicht verhindert. Die Isolierung auch der Berufsbildung wird entgegen der Reichsverfassung (siehe Anhang Seite 376) nicht beseitigt.

Die wissenschaftliche Ausbildung wird sowohl nach der Arbeitsmethode wie nach der Höhe unmöglich gemacht. Sie gefährdet die einheitliche Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen durch Sonderbehandlung der weiblichen Studierenden.

gegen die beabsichtigte Konfessionalisierung

der Lehrerbildungsanstalten und die Zulassung von nicht auf dem gesetzlich geordneten Wege ausgebildeten zur ersten Prüfung (Kandidatenprüfung). Die bisherigen badischen Lehrerbildungsanstalten hatten weder gesetzlich, noch tatsächlich „konfessionellen Charakter“. Die staatliche Autorität wird bei konfessionellen Einflüssen nicht ernstlich bedroht. Die Wissenschaftlichkeit der Arbeitsweise und der Stoffanpewerung wird zugunsten konfessioneller Ansprüche beeinträchtigt. Die Konfessionalisierung der Lehrerbildung birgt die Gefahr der Umgestaltung auch des badischen Volksschulwesens in der Richtung konfessionalisierender Absichten in sich.

Die Zulassung von nicht auf dem staatlich geordneten Wege Ausgebildeten

zur Prüfung feigert alle die aufgeführten Bedenken. Wir verwahren uns auch hier gegen jede Ausnahmebehandlung.

Angeht die Wichtigkeit der ganzen Frage der Lehrerbildung für Volkstum und Staat richten wir den dringenden Appell an die verehrlichen Fraktionen des Landtages, nur einer Lösung der Lehrerbildung zuzustimmen, welche die volle Autonomie des Staates gewährleistet und der eigenen Geschicklichkeit des Bildungs- und Erziehungsweises Rechnung trägt.“

Sozialpolitische Rundschau

Außerordentliche Konferenz des Verbandes christlicher Textilarbeiter.

DZ. Ettlingen, 8. März. Der Christliche Textilarbeiterverband, Bezirk Ettlingen-Altal, hielt gestern nachmittag in Reichenbach eine außerordentliche Konferenz ab. Die hierbei befaßten Entschlüssen zur Wirtschaftspolitik bzw. zur Tarifpolitik wurden einstimmig angenommen. Es wird in ihnen u. a. folgendes zum Ausdruck gebracht:

Regelung der Arbeitslosenunterstützung durch umgehende Einbringung eines Entwurfes zum Arbeitslosen-Vericherungsgesetz. Das Gesetz muß vor allem vorsehen: 1. Für alle Kreise rechtlicher Anspruch auf Unterstützung; 2. Besserung der Unterhaltungsätze entsprechend der Beitragsleistung, ohne Prüfung der Bedürftigkeit und ohne Abstrich nach Erwerb und Altersklassen; 3. Kurzarbeiterunterstützung für alle Versicherten. Ferner unterrichtete die Konferenz die Forderungen auf Erstattung aller zweckmäßig erscheinender Maßnahmen zur Verhütung weiterer Erwerbslosigkeit durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Die Konferenz beauftragt ferner die badische Bezirksleitung, alle Vorbereitungen zum Abschluß neuer Tarifverträge zu treffen. Entsprechend der unterrichtlichen Produktions- und Abnahmeverhältnisse, wie der beruflichen Tätigkeit der Arbeiter in den verschiedenen Branchen, sind Branchelohnsätze zu schaffen.

Die Verbindung Venedigs mit dem Festlande.

Ein Problem, das in Venedig im Verlaufe des letzten Jahrhunderts immer wieder erörtert worden ist, steht, wie es scheint, vor seiner Lösung. Es handelt sich um die Aufgabe, abgesehen von der gegenwärtigen Eisenbahnbrücke, eine ständige feste Verbindung zwischen Venedig und dem Festlande herzustellen, eine Frage, die gerade gegenwärtig in der Launenstadt mit größter Erregung behandelt wird.

Ein etwa 5 Kilometer breiter Saunenstreifen trennt Venedig von dem letzten Landstrich, der dem Festlande vorgelagert ist, d. h. von dem industriellen Marabera. Ueber diesen Streifen hinweg hat Österreich vor 80 Jahren aus Ziegelfreien eine schwere Eisenbahnbrücke gebaut, die auf 222 Bögen ruht und zwei Eisenbahngleisen Raum gewährt. Mit Ausnahme dieser Eisenbahnverbindung hat Venedig keinen weiteren Anschluß an das Festland.

Gerade diese Isolierung gibt Venedig in den Augen des fremden Besuchers den größten Reiz. Schon der Bau einer Eisenbahnbrücke zwischen dem Festlande und Venedig hat diesem Reiz Abbruch getan. Die Bewohner von Venedig sind aber der Ansicht, daß die Fremdenindustrie für sie allein nicht in Betracht kommt, obgleich beispielsweise im vorigen Jahre die Fremdenbesucher in Venedig rund 200 Millionen Lire ausgegeben haben, das sind mehr als 30 Mill. Mark. Venedig will auf den Fremdenverkehr nicht allein angewiesen sein, sondern auch Anschluß an die moderne Industrie und den Handel gewinnen und dies macht eine weitere ständige Verbindung mit dem Festlande notwendig. Im Hafen von Marabera sind allein heute schon 9000 Arbeiter aus Venedig beschäftigt, die zur Erreichung ihrer Arbeitstätigkeit jeden Tag den Zug benutzen müssen.

Für die Schaffung einer neuen Verbindung liegen zwei Pläne vor. Der eine zielt darauf ab, die gegenwärtige Eisenbahnbrücke zu verbreitern, und zwar von 9 auf 24 Meter. In dieser Breite soll die Brücke, abgesehen von den Eisenbahngleisen, noch einen besonderen Verkehrsweg für die elektrische Bahn erhalten,

ferner für Motorwagen, für Radfahrer und für Fußgänger. Die Motorwagen, die Wagen der elektrischen Bahn und die Fahrräder erhalten keinen Eingang nach Venedig, sondern müssen an dem Bahnhof verbleiben. In der Stadt selbst bleibt es so wie bisher, d. h. man kann entweder zu Fuß gehen oder die Gondel benutzen oder die Motorboote, die auf dem Kanal verkehren. Die Verbreiterung der Eisenbahnbrücke würde etwa einen Betrag von 12 Millionen Mark in Anspruch nehmen und könnte in zwei bis drei Jahren fertiggestellt werden.

Der zweite Plan sieht den Bau einer Untergrundbahn vor, die von Venedig unter dem Wasser und dem Schlamm der Lagunen nach dem Hafen von Marabera führt. Der Tunnel würde eine Länge von etwa 4 Kilometer haben. Die Kosten dieser Anlage werden auf mehr als 20 Millionen Mark geschätzt.

Wie die Dinge gegenwärtig liegen, kann man noch nicht übersehen, welcher von den beiden Plänen zur Ausführung aelanat. Venedig selbst ist in drei Lager geteilt. Es gibt auch in Venedig selbst noch sehr viele, die abgesehen von der Eisenbahnbrücke überhaupt keine weitere Verbindung wünschen und die zur Unterstützung ihrer Auffassung einen alch venezianischen Erlass wieder ausgegraben haben, der jeden als Verräter Brandmarkt, der auch nur den Wunsch hat, Venedig mit dem Festlande zu verbinden. Dieses Edikt stammt noch aus der Zeit, als Venedig aus Gründen der Sicherheit auf seine Inselge angediesen war. Daneben gibt es eine zweite Gruppe, die die Erweiterung der Brücke für das Nützliche hält und schließlich eine dritte Gruppe, die den Bau der Untergrundbahn wünscht.

Dieserjenige, die Venedig als Fremde besuchen und denen der Aufenthalt in der Stadt wie ein schöner Traum vor Augen steht, werden jedenfalls auf der Seite derjenigen stehen, die abgesehen von der Eisenbahnbrücke, eine weitere Verbindung Venedigs mit dem Festlande verabsichtigen. Die Fremden werden aber nicht gefragt werden, sondern die Stadt wird das Problem durch Abstimmung entscheiden. Der Stadtrat und der Provinzialrat, ferner die Handelskammer und andere lokale Körperschaften von

Venedig werden demnächst zusammentreten, um eine Entscheidung herbeizuführen.

Es wird behauptet, daß bis vor ganz kurzem auch Mussolini ebensolcher gegen die Erweiterung der Brücke wie gegen den Bau der Untergrundbahn eingenommen war. Seine Meinung würde natürlich sehr stark in die Waagschale fallen. Er soll aber in der letzten Zeit von seiner Gegnerschaft abgekommen sein und so ist wohl damit zu rechnen, daß einer der beiden Pläne zur Durchführung kommt und die moderne Technik auch in den Lagunen von Venedig ihren Platz erobert.

Das Fernlabel Frankfurt-Karlsruhe-Basel.

In diesen Tagen hat sich, wie bereits kurz gemeldet, an der deutsch-schweizerischen Grenze ein für die Entwicklung des europäischen Fernverkehrs höchst bedeutungsvolles Ereignis vollzogen. Das Fernlabel Frankfurt-Karlsruhe-Basel ist fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. Damit sind zum erstenmal in Europa die Fernlabelnetze zweier Nachbarländer miteinander in Verbindung gebracht. Da, wie bekannt, sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland alle Orte von einiger Verkehrsbedeutung an das Kabelnetz angeschlossen sind, wird sich künftig der Fernverkehr zwischen diesen beiden Ländern auf unterirdisch geführten Leitungen abwickeln, also gegen Störungen durch Witterungseinflüsse geschützt sein. Die große Zahl der Kabelleitungen — das Kabel Frankfurt-Basel besteht aus 100 Doppeladern — ermöglicht ferner, dem Verkehr viel mehr Strommenge zur Verfügung zu stellen, als bei einem oberirdischen Leitungssystem. Der große Vorteil einer solchen Steigerung der Verkehrszuverlässigkeit und der Verkehrsmöglichkeit für beide Länder liegt auf der Hand. Die neue Verbindung wird auch anderen Ländern zugute kommen. Alle einerseits mit Deutschland, andererseits mit der Schweiz durch Fernspreitleitungen verbundenen Länder werden mit Hilfe des neuen Kabels ihren Fernverkehr auf ein großes Gebiet ausdehnen können. Beispielsweise wird dadurch für die schweizerischen Länder die Möglichkeit geschaffen, mit der Schweiz und über die Schweiz

hinaus mit Italien in Verkehr zu treten. Da ferner in allernächster Zeit auch der Anschließluß des deutschen mit dem holländischen Fernlabelnetz bevorsteht und das holländische Netz durch Seeabel mit dem englischen Netz in Verbindung steht, bildet sich auf diese Weise ein zusammenhängendes Kabelnetz von der Schweiz über Deutschland und von Holland bis zu den britischen Inseln. Für diesen Verkehr ist das neue Kabel gewissermaßen das Schlüsselstück. Die Inbetriebnahme der Kabelnetze fällt mit der Tagung des Völkerverbundes in Genf zusammen. Bei dieser Gelegenheit sind die ersten unterirdischen Leitungen zwischen Berlin und Genf eröffnet worden.

Die Zahl der deutschen Haushaltungen.

Bei der allgemeinen Volkszählung am 16. Juni 1925 wurden im Zählgebiete des Reiches (d. h. im heutigen Reichsgebiet ohne Saargebiet) insgesamt rund 15 359 000 — als vorläufiges Ergebnis — Haushaltungen gezählt bei einer Gesamtbevölkerung von rund 62 539 000. Demnach entfallen auf eine Haushaltung durchschnittlich 4,07 Personen. Gegenüber der letzten Vorkriegszählung (1910) hat die durchschnittliche Größe der Haushaltungen um rund 10 v. H. abgenommen. Die Tendenz zur Verkleinerung der Haushaltungen war auch schon bei früheren Zählungen zu beobachten, sie trat besonders seit 1890 wesentlich in Erscheinung. Es entfielen durchschnittlich auf eine Haushaltung überhaupt: 1871: 4,70 Personen, 1890: 4,65 Personen, 1910: 4,35 Personen, 1925: 4,07 Personen. Der nach der letzten Zählung festgestellte Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße war (sonst wesentlich größer als in einem früheren Zählungszeitraum). Es handelt sich zwar zunächst um ein vorläufiges Ergebnis der Volkszählung. Indes kann doch schon jetzt als feststehend angenommen werden, daß es die Tendenz verstärkter Kleinhaltung der Familien und damit auch der Haushaltungen neben der namentlich nach dem Kriege zu beobachtenden Tendenz zu verstärkter Neugründung von Haushaltungen bzw. Familien und auch der durch die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Einschränkung der Zahl der Hausangehörigen im allgemeinen richtig zum Ausdruck bringt. spz.